J. pract.
250
S

O. I 15

(Weiss)

4° J. pract.
250 s

Dem Königl. Appellationsgericht zu Zweibrücken gehörig.

12 kr.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Uebersicht

des

Thatbestandes, der Proceßgeschichte, und der Rechtsmittel,

welche in dem

am Großherzoglich Hessischen provisorischen Cassations- und Revisions-Gerichtshofe für die Provinz Rheinhessen anhängigen Rechtsstreite,

in Betreff mehrerer von der französischen Tilgungscasse transferirten Gülten, Zinsen, und Erbpächte,

zwischen Konrad Lawall, Ackersmann zu Heimersheim, Kantons Alzey, Cassationskläger,

gegen Philipp Rauschert, Gutsbesitzer in Alzey, Cassationsbeklagten,

bis zur contradictorischen Verhandlung vor diesem hohen Gerichtshofe, ausschließlich,

wechselseitig zur Sprache gekommen sind.

Zusammengestellt durch den Anwalt des Cassationsbeklagten.

Im Anhange das Kaiserliche Decret vom 9ten Vendemiaire XIII, nebst dem von dem Staatsrathe Bigot-Préameneu an den Kaiser erstatteten Berichte über das Rentenwesen in den vier neuen Departementen des linken Rheinufers rc.

Mainz, in der Großherzogl. Hofbuchdruckerei Theod. v. Zabern, am Bischofsplatze.
(May. 1827.)

G. n. 2955

Statui breviter, non quod mihi videtur, sed quod maximi autores, tam legum interpretes quam Doctores de re sentiant, in medium afferre, CURIAEque non ad notitiam, sed ad recentiorem quandam memoriam revocare, ut confundantur, qui non veritati suos affectus, sed veritatem affectibus coaptare nituntur.

Accipite JUDICES, pauca ex multis, ac brevissima ex amplissimis, bonique consulite!

Aeneas Sylvius.

I. Thatbestand.

Der französische Fiscus war durch befugte und unbefugte Einziehung der Güter und Gefälle der ehemaligen Landesherren des linken Rheinufers, des hohen reichsunmittelbaren Adels, der geistlichen Corporationen und Verwaltungen, öffentlicher Anstalten und Gemeinheiten, auch in den Besitz einer unsäglichen Menge von Gülten, Zinsen, Erbleihen, Erbpächte und dergleichen, gekommen. Bei weitem der größere Theil dieser Gerechtsame blieb während der ersten Jahre der französischen Herrschaft (1798—1806) unentdeckt; und es läßt sich begreifen, daß der damals durch die Kriegslasten noch sehr erschöpfte Landmann, abgesehen von allen andern Umständen, sich eben nicht sehr beeilte, seine Schuld den Rentbeamten anzuzeigen, um die in der That sehr bedeutenden Vortheile freiwillig angebotener Zahlung, zu genießen.

Unterm 28. Fructidor X. (15. August 1802), und wiederholt am 24. Frimaire XI. (15. Dezember 1802) [1] ließen die Consuln das Gesetz vom 21. Nivôse VIII. in den vier neuen Departementen verkündigen, wornach alle Staatsrenten entweder an die Schuldner mittelst Loskauf begeben, oder an Drittere um den fünfzehnfachen Betrag, zahlbar in ziemlich langen Terminen, veräußert werden sollten. Der Artikel 3 dieses Gesetzes verordnet, daß während des ersten Vierteljahrs nur Loskäufe an die Rentschuldner selbst gestattet werden dürften.

Noch lange nachher wurde dieser Vorzug und diese Begünstigung für die Rentschuldner beibehalten [2], als schon der Tilgungscasse Capital und Rückstände dieser Gefälle überwiesen und dieselben, theils durch angestellte Renovatoren mittelst Auszügen aus den Grund- und Lagerbüchern, theils durch einige jenseits Rheins geflüchteten, in Gefolge der Friedensschlüsse zurückgegebenen Archivalien, entdeckt waren.

---

1) Diese Consularbeschlüsse stehen nicht im Bulletin; sie wurden nur für die vier neuen Departemente besonders abgedruckt, und werden in Originalausgabe vom Cassationsbeklagten vorgelegt.

2) Man sehe »Nachrichten an das Publicum über den Loskauf der Erb- und Grundzinsen, von dem Agenten der Tilgungscasse, vom 11. Pluviose XI. (31. Jänner 1803) und vom 1. Ventose XII. (21. Februar 1804)» und eine dritte Nachricht gegen Ende des Jahres 1806 gegeben, (wahrscheinlich 10. Dezember), nebst einem Circular an die Maires von diesem Tage, alle erlassen unter der Autorität und mit Zustimmung des Präfecten vom Donnersberg.

Da aber die Gült- und Zinspflichtigen zu diesen Loskäufen sich nicht willig zeigten, so wurden die Verkäufe nach Maasgabe des obenerwähnten Gesetzes vom 21. Nivôse VIII. und des Consularbeschlusses vom 27. Prairial VIII., mit jedem Dritten, der dazu Lust hatte, abgeschlossen.

Erst am 20. August 1813 kaufte Rauschert vermöge gesetzlich abgefaßten Transferts von der französischen Tilgungscasse

jährlich { 138 Malter 1/4 Zweiling Korn,
1 Malter 3 Firnsel 1 Vierling 3 Zweiling Hafer,
105 fl. 9 kr. 4 pf. Geld,

geschuldet von verschiedenen Einwohnern in Heimersheim, gemäß Renovationen [3]) vom 20. August 1806 und 10. August 1807, gegen Zahlung von 16,657 Franks 95 Cent. Das Datum dieses Transferts sichert den Cassationsbeklagten vor dem, von seinem Gegner oft wiederholten gehässigen Vorwurfe, daß er sich durch eine, seinen Mitbürgern nachtheilige Speculation habe bereichern wollen.

In diesen, nach administrativen Anordnungen gefertigten, vom Ortsvorstande zu Heimersheim als richtig certificirten Nachweisen, worin die Urkunden und Register, die zu ihrer Fertigung dienten, angeführt sind (Nahrungsbuch von 1762, 1763, alte gerichtliche Renovation von 1763 und Lagerbuch, sämmtlich in dem Gemeindearchive zu Heimersheim hinterlegt) kommen auch jährliche ständige Korngülten, jährliche Kornpächte von Erbbestandsgütern, als Theile eines sogenannten Collectur-

---

3) Diese hier angeführten Renovationen sind auf folgende Weise entstanden:
Es lag nämlich in den Attributionen des Präfecten, auf die Erhaltung der Staatsgüter zu wachen, und den Finanzbeamten verfügend und berathend im Interesse des Staates an die Hand zu gehen. Da nun die in den Gemeindearchiven aufbewahrten Grund- und Lagerbücher u. dgl. als Beweisurkunden für die Existenz der Renten gesetzlich anerkannt waren, so ernannte der Präfect eine Anzahl Special-Commissarien unter dem Titel von Renovatoren, welche sich, mit oder ohne Urkunden, in die ihnen bezeichneten Gemeinden verfügten, und dort mit Hülfe der vorfindlichen Grund- und Lagerbücher, Sections- und Mutationsregister, die mit Zinsen und Gülten belasteten Grundstücke, den Betrag der darauf haftenden Lasten, die neue Beschreibung nach Section, Nro. und Befurchung, und die gegenwärtigen Besitzer ausmittelten. Die Maires und manchmal auch die Steuervertheiler oder Mitglieder des Municipalraths bescheinigten dann die Richtigkeit solcher Renovationen, denen man wenigstens den Werth vidimirter Auszüge und vergleichender Nachweisen nicht wohl nehmen kann, wenn man ihnen auch eine unbedingte gesetzliche Beweiskraft absprechen will. Sie dienten zunächst den Rentbeamten zur Einforderung und Beitreibung der Gefälle, den höheren Finanzbehörden aber zur Controlle und als Grundlage zu den Loskäufen und Veräußerungen.

gutes, eines Präsenzgutes, sodann Zinsen von andern Gütern, Häuserkorn und Antonittergülten vor, die ursprünglich den Klöstern Gommersheim, Weidaß, der Präsenz zu Alzey und ähnlichen Stiftern, nachmals aber der kurpfälzischen geistlichen Administration und der Universität Heidelberg (Collectur Alzey, Schaffnerei Gommersheim, Kellnerei der Universität) geschuldet wurden, und durch die Ereignisse der französischen Revolution, wie gesagt, an den Staat übergegangen waren. Der Cassationskläger Lawall erscheint darin als Besitzer von vierzig verschiedenen Grundstücken, beschwert mit 6 Malter 1 Firnsel 2 Vierling 3 11/24 Zweiling Korn jährlicher Rente. —

Rauschert, wohl wissend, mit welchen Schwierigkeiten der Staat und seine Rechtsinhaber bei den Rentschuldnern zu kämpfen hatten, überzeugte sich, bevor er den Kauf schloß, durch eigene Anschauung und durch Einsicht der französischen Domainenregister (Sommiers) daß die Heimersheimer Censiten ziemlich regelmäßig ihre jährlichen Schuldigkeiten an den Rentbeamten (Receveur) in Alzey ablieferten, und bis zu dem Jahr 1815 einschließlich hatte er selbst wenig Anstand bei der Erhebung. Diese beiden wichtigen Thatsachen werden, wie natürlich! hartnäckig von Lawall geläugnet.

So wie im Jahre 1798 die Verkündigung der französischen Gesetze über die Aufhebung der Feudalverfassung Irrthum und Mißverstand erzeugt hatte, so wurden auch die huldreichen Worte Seiner Königlichen Hoheit unseres allergnädigsten Großherzogs, in dem allerhöchsten Besitzergreifungspatente vom 8. Juli 1816 [4]), wo es heißt: »Die »Reste des Feudalsystems, die Zehnten und Frohnden, sind und bleiben in diesen Lan»den (Rheinhessen) unterdrückt,« — falsch gedeutet, und denselben von dem Eigennutze und der Habsucht ein Sinn untergeschoben, welcher der Gerechtigkeit und dem, in jenem allerhöchsten Patente ausdrücklich ausgesprochenen Grundsatze der »Unverletzlichkeit des »erworbenen Eigenthums« geradezu widerstrebt.

Jede nach dieser Epoche an die Censiten gestellte Anforderung wurde unter diesem Vorwande, und in diesem Sinne, zurückgewiesen. In der Hoffnung, daß Beispiele Anderer auf die Heimersheimer wirken möchten, begnügte sich Rauschert mit außergerichtlichen gütlichen Mahnungen, bis die fünfjährige Prescription (Art. 2277 C. N.) das Rentenjahr 1816 zu erreichen drohte; dann erst trat er gegen alle Censiten klagend auf, führte den Proceß aber, im Einverständnisse mit einem großen Theile der Schuldner,

---

4) Amtsblatt der Großhzgl. Hess. Centralcommission zu Mainz. 1816. Nro. 1.

nur mit Lawall in allen Instanzen durch, um Kosten zu ersparen, und bei vollkommener Gleichheit der wechselseitigen Rechtsverhältnisse, einen Maasstab für alle durch die Entscheidung dieses einen Processes zu erhalten.

II. Proceß-Geschichte.

9. November 1821. Klage, mittelst directer Ladung[5] vor das Großhzgl. Kreisgericht in Mainz, auf Zahlung der Rückstände von Martini 1816 bis 1820, zu 6 Malter 1 Firnsel 2 Vierling 3 11/24 Zweiling Korn jährlich, und zwar die vier ersten Jahre nach den Marktpreisen, das lezte in natura[6], dem Schuldner Abzug eines Fünftheils für die Steuern[7] zugegeben. Hiebei zugleich Transfert significirt.

11. März 1822. Einschreibung der Rente in die Hypothekenbewahrungsbücher zu Mainz[8].

Von diesem Tage bis zum 7. Februar 1823 verschiedene Instructionsacten zwischen den Anwälten. Rauschert hatte sich Auszüge aus den französischen Einnahmsregistern (Sommiers de recette) verschafft, woraus hervorgeht, daß Lawall mehrere Zahlungen auf Gülten und Zinsen geleistet hatte, und es ist namentlich noch zu bemerken, daß ihm erst in der Zwischenzeit die in dem Provincialarchive aufgefundenen älteren Urkunden, von Seite der damals noch bestandenen Großhzgl. Domäneninspection, in Gemäßheit des Art. 7. des Consularbeschlusses vom 27. Prairial VIII.[9], ausgeliefert wurden, und daß sein Anwalt dieselben mit jenen Auszügen sofort durch gesetzliche Mittheilung in den Proceß brachte.

---

5) Art. 49. Nro. 5. C. d. Pr. C. Die Klagen auf Rentrückstände sind von dem vorläufigen Sühneversuche befreit.

6) Art. 129. C. d. Pr. C.

7) Mehrere Gesetze, insbesondere Gesetz vom 15. Pluviose V. Art. 4. Gesetz vom 3. Frimaire VII. Art. 98. 99.

8) Ministerialbekanntmachung vom 14. Mai 1819. Siehe Anhang p. XIV. und daselbst die Note.

9) Man vergleiche Nota 1. Der angeführte Art. 7. lautet wörtlich also: »Tous les titres, pièces, extraits de registres et autres renseignemens constatant la propriété et la perception des rentes ainsi transférées, seront remis par les préposés de la régie ou autres dépositaires, à la partie prenante, qui en donnera décharge au pied d'un double du transfert.«

Diese Urkunden sind:

1) Eine Renovation des Alzeyer Präsenzgutes vom 11. Februar 1572, »einen »förmlichen Erbbestand nach alten Rechten und Gewohnheiten enthaltend.« —

2) Transfix und Revers vom 25. Januar 1791 eines Theils des Guts von Johann Zimmermann auf Johann Lawall, Vater des Cassationsklägers Lawall.

3) Ein Fascikel Acten der geistlichen Administration zu Heidelberg, worin Fol. 116 und 117 die hierauf bezüglichen Schriften vorkommen.

4) Ein Erbbestandsbrief von 30 Malter Korn auf ein Gut vom Kloster Gommersheim herrührend, 120 Morgen enthaltend, sammt Renovation vom 3. August 1599.

5) Renovationen der Antonittergüter vom 15. März 1549.

Am 7. Februar 1823 ließ Lawalls Anwalt zwei Unzulässigkeitseinreden significiren, denen er im mündlichen Vortrage, bei der contradictorischen Verhandlung noch drei andere hinzufügte; nämlich: daß

a) Rauschert seine Qualität als Cessionar der französischen Tilgungscasse, Lawall gegenüber nicht erwiesen habe;

b) die Notification der Cession nicht zu gleicher Zeit mit der Klage geschehen könne; —

c) die Renovationen von 1806 und 1807 nicht sogleich significirt worden seyen; —

d) die Mittheilung zu spät geschehen sey; —

e) Rauschert die Klage vor Gericht gebracht habe, ehe und bevor er seinen Gegner Lawall durch eine Aufforderung in moram versetzt gehabt hätte. —

1823. 18. März. Hierauf kreisgerichtliches Urtheil, welches die Einreden des Exceptionsklägers verwirft und den Vortrag in der Hauptsache verordnet.

» 28. April. Nachdem dieses Urtheil dem gegnerischen Anwalte insinuirt war, ließ derselbe seine Einreden in der Hauptsache significiren, behauptete aber zuvörderst, daß der Rentschuldner nicht durch eine directe persönliche Klage, sondern nur auf dem Wege der Hypothekarverfolgungen angegangen werden könne. Da die Gründe, womit der Gegner diese verschiedenen Einreden zu rechtfertigen suchte, alle auch vor dem hohen Cassationshofe zur Discussion kommen, so übergehet man sie hier, um in keine Wiederholung zu verfallen.

2

1823. 6. 10. 24. Mai. Kreisgerichtliches Urtheil, wodurch:

1) die neue Unzulässigkeitseinrede gegen das von Rauschert gewählte genus actionis verworfen,

2) die Existenz, die Vermuthung für die foncièreté und der Besitz der Rente zuerkannt, gleichwohl

3) dem Gegner der anerbotene Beweis der Feudalität nachgelassen,

4) dem Gläubiger hingegen der Beweis der Identität der belasteten Güter mit dem Besitzthume des Rentschuldners auferlegt, und

5) die Kosten vorbehalten werden.

1823. Im Laufe des Monats Juli trat Rauschert den ihm auferlegten Beweis an, wobei der Gegner nicht erschien.

» 13. August. Berufung an den Großhzgl. Obergerichtshof in Mainz gegen beide vorerwähnte kreisgerichtliche Urtheile.

» 13. December. Beschwerdeschrift zur Rechtfertigung der Berufung.

1824. 16. März. Vertheidigung des Appellaten.

» 23. ejusdem. Der Anwalt Rauscherts läßt zur Unterstützung noch significiren:

1) Auszug aus dem französischen Rentamtsmanual zu Alzey; —

2) Auszug aus den Sommiers daselbst, in Form eines Zeugnisses, und

3) Abschrift einiger Quittungen, um den Beweis besser herzustellen, daß die von Lawall an den französischen Fiscus bezahlten Gült- und Zinsrückstände von denen, nun an Rauschert transferirten Renten herrührten, und die heutige Klage auf denselben Forderungsgründen beruhe.

» 12. August. Obergerichtliches Urtheil, wogegen die Cassation nachgesucht und admittirt worden, welches die Berufung verwirft mit Strafe und Kosten.

1825. Februar — Mai. Rauschert verfolgt nun seine Rechte mittelst Signification des obergerichtlichen Urtheils; Lawall zahlt Proceß-Kosten, unter dem Vorbehalte der Cassation; die vom Kreisgerichte angeordnete expertische Untersuchung und Vergleichung wird in Loco Heimersheim, mit Hülfe der im Gemeindearchiv hinterlegten Bücher, Register und Urkunden vorgenommen, ohne daß jedoch Lawall, obgleich gehörig gerufen, hiebei erschienen wäre. Das Resultat derselben ist günstig für Rauschert.

1825. 10. Juni. Lawall präsentirt sein Cassationsgesuch.
» 1. December. Admissions-Urtheil, welches am
» 24. » dem Cassationsbeklagten zugestellt wird.
1827. 11. Januar. } Der Anwalt des Cassationsbeklagten präsentirt, nebst seiner
» 31. März. } authentischen Vollmacht, eine succincte Vertheidigungsschrift, und producirt zugleich alle in dem Processe bisher gebrauchten, resp. entstandenen Acten und Urkunden.
23. April. Der Anwalt des Cassationsklägers bringt eine nachträgliche Rechtfertigungsschrift mittelst Signification an den Anwalt des Cassationsbeklagten in die Procedur.

In diesem Zustande des Processes soll die contradictorische Verhandlung vor dem hohen Cassations- und Revisionshofe in Darmstadt Statt finden.

III. Rechtsmittel.

A. Synoptische Zusammenstellung der kreisgerichtlichen und obergerichtlichen Motiven in gedrängtem Auszuge.

1. Die in der Cassations-Instanz nicht weiter ventilirten Einreden Lawalls gegen die Zulässigkeit der Klage in der Form, sind bereits oben Pag. 9 angedeutet. Die Motive der Abweisung durch kreisgerichtliches Urtheil vom 18. März 1823, bestätigt in zweiter Instanz durch Urtheil vom 12. August 1824 sind:

Kreisgericht.	Obergericht.
a) Die Verfügung des Art. 1690 C. N. sey auf den cedirten Schuldner nicht anwendbar, weil er als ursprünglicher Mitcontrahent des Cedenten erscheine; der Cessionar aber als ayant-cause des Cedenten, und nicht als tiers	In der Berufung überließ Lawall die Entscheidung über den sub a erwähnten Grund der Weisheit des Obergerichtshofes, welcher im Allgemeinen die Gründe des ersten Richters billigte und nur noch hinzufügte:

Kreisgericht.

angesehen werden müsse; — in Ansehung des cedirten Schuldners diene die Signification des Transferts nur zum Beweis der Legitimation des klägerischen Cessionars, und da nach einer constanten Praxis dieser Beweis auch im Laufe des Processes gültig erbracht werden könne, so dürfe die Klage darum nicht unzulässig erklärt werden, weil der Transfert nicht vor, sondern erst mit der Ladung insinuirt worden sey. —

b) Daß zwar die Renovationen, als Relatum des Transferts, entweder zugleich mit demselben hätten insinuirt oder wenigstens zur Mittheilung angeboten werden sollen; da aber die Einrede in dieser ordinairen Sache, wo der Hauptbeklagte Lawall gehalten gewesen, Défenses zu significiren, erst am Tage vor dem Posé des conclusions signficirt, und hierauf noch am nämlichen Tage die Renovationen communicirt worden seyen, so folge nach dem sub a erwähnten Grundsatze und dem Art. 65. C. d. Pr. c. weiter nichts daraus, als daß der Hauptkläger Rauschert die Kosten seiner tardiven Insinuation tragen müsse.

c) Nur ausnahmsweise bei resolutorischen Klagen, oder da, wo die Epoche zur Erfüllung des Vertrages nicht bestimmt oder zweifelhaft sey, schreibe das Gesetz vor, daß der Beklagte vordersamst durch eine Aufforderung in moram versetzt werde; — hier trete aber keiner dieser Fälle ein, demnächst sey diese Einrede ungegründet. —

d) Daß die Klage auch mit Recht gegen Lawall gerichtet worden, weil er unter denen in den Renovationen bezeichneten Schuldnern namentlich aufgeführt sey, und Kläger Rauschert ohne Zweifel das Recht habe, alle

Obergericht.

Ad a) Der Art. 1690 C. N. verfüge die Signification nur im Interesse des Cessionars, damit der cedirte Schuldner nicht mehr an den Cedenten zahlen könne, verbiete aber nicht, daß sie zum Behuf der Legitimation der Klage mit der Ladung selbst geschehe; eine frühere Mittheilung sey daher nicht nöthig gewesen.

Ad b) Erst durch Lawalls ausdrückliche Contestation sey Rauschert veranlaßt und genöthigt worden, die Renovationen zur Einsicht anzubieten, die Klage selbst aber habe auf keinen Fall dadurch unzulässig werden können.

Kreisgericht.

hierin begriffenen Individuen für die Rente in Anspruch zu nehmen.

2. Einreden in der Hauptsache, worüber durch kreisgerichtliches Urtheil vom 24. Mai 1823 und durch obergerichtliches Urtheil vom 12. August 1824 erkannt worden.

Erste Einrede.

Die Klage Rauscherts sey an und für sich unzulässig gegen Lawall, indem derselbe nur als dritter Inhaber des belasteten Guts, nicht aber mit einer Personalklage habe angegangen werden können; weil er die mit der Rente behafteten Güter nicht vor dem Gesetz vom 11. Brumaire VII. besessen habe, auch nach dem bürgerlichen Gesetzbuche die Rente mobilisirt geworden, und sonach diese in allen Beziehungen einem Forderungsrechte mit einem privilège de vendeur gleich stünde; daher denn auch die Principalklage nur gegen den ersten Erwerber oder gegen den, welcher gesetzlich gleichen Verbindlichkeiten unterworfen war, wenn er nämlich vor dem Brumairegesetz erworben hat, — hätte angestellt werden dürfen; gegen jeden Dritten aber nur im Hypothekarwege verfahren werden müsse.

Kreisgericht.

a) Diese Einrede sey nicht mehr annehmbar, weil es Grundsatz sey, daß alle fins-de-non-recevoir zugleich proponirt werden müßten (Art. 186, 338 c. d. pr. c.) folglich dieselbe gleichzeitig mit den Einreden sub 1 hätte geltend gemacht werden sollen; übrigens rechtskräftig, noch zur Zeit, entschieden sey, daß die Parthieen in der Hauptsache handeln

Obergericht.

Indem der Obergerichtshof die Frage, ob diese Einrede noch in zweiter Instanz vorgebracht werden könne, dahingestellt seyn läßt, und die Gründe des ersten Richters billigt, erwägt er weiter

ad c) Die neuere Gesetzgebung und die in derselben enthaltene Mobilisirung der Rente beschränke nirgends die Principalklage auf die von Lawall behauptete Weise;

Kreisgericht.

sollten, daher, ohne Verletzung der Rechtskraft des Urtheils vom 18ten März, eine Discussion über eine Unzulässigkeits-Einrede nicht mehr möglich sey;

b) Die Einrede verdiene aber auch keine Berücksichtigung, weil nach L. 1. Dig. de except. etc. (44. 1.) dem Exceptionskläger der Beweis des faktischen Umstandes, worauf er seine Einrede gestützt, obgelegen hätte, derselbe aber nicht geliefert sey; —

c) Sie sey aber auch mit der bestehenden Gesetzgebung nicht vereinbar (Art. 12 der Verordnung vom 6ten April 1816, und Großherzogl. Ministerialbekanntmachung vom 14ten Mai 1819). Hier sey ausdrücklich gesagt, daß der Besitzer des belasteten Gutes, in soweit das Gut selbst nicht, auf die vorgesehene Weise, in seinen Händen von dem Rentnexus befreit worden, zur Leistung des Erbpachts oder der Rente verpflichtet sey; folglich könne auch gegen ihn auf Erfüllung seiner Verbindlichkeit geklagt werden, und die Realberechtigung auf die belastete Sache sey nur von untergeordneter Wirksamkeit.

Obergericht.

am wenigsten aber habe diese Gesetzgebung, ungeachtet der Mobilisirung und der gestatteten Ablösbarkeit, die Rechtsverhältnisse und Natur der früher bestandenen Erbbestände, Grundzinsen u. dgl. für das Verflossene aufheben oder ändern wollen; da eine solche Rückwirkung nirgends ausgedrückt, auch keine neueren bestimmten Rechtsverhältnisse deßfalls festgesetzt worden seyen; der Art. 530 C. N. sey auf diese älteren Renten nicht anwendbar, vielmehr habe das am 9. Vendémiaire XIII. (1. Oktober 1804) also neun Monate nach Publication jenes Art. 530, erlassene kaiserliche Decret, die wahre Natur und übrigen Rechtsverhältnisse der auf dem linken Rheinufer existirenden Grundprästationen sorgfältig aufgezählt, ohne eine besondere Art, wie diese Rechte einzuklagen, vorzuschreiben; — diese Prästationen seyen übrigens fast durchaus von denen im ältern französischen Rechte bekannten rentes foncières verschieden; — selbst das Gesetz vom 11. Brumaire VII. Art. 7 verbiete die Hypotheken auf die Grundrenten nur für die Zukunft, und verfüge in seinem Art. 42, daß die früher bestandenen Hypotheken auf diese Renten im Hypothekenbureau, unter welchem die zinspflichtigen Grundstücke gelegen sind, eingeschrieben werden sollen; daß dadurch aber die in dem Gesetze vom 29ten Dezember 1790, welches die Ablösbarkeit gestattet, aufgestellten Grundsätze, wornach den Renteigenthümern alle ihre hypothecarischen, persönlichen, oder gemischten Klagen beibehalten worden, nicht aufgehoben, und auch durch kein neueres Gesetz geändert worden seyen, vielmehr bestätigten die vom Richter a quo angeführten

Obergericht.

Verordnung und Bekanntmachung die Befugniß, die Klage auf Leistung gegen den Besitzer anzustellen, so lange letzterer die besonderen Befreiungsgründe nicht nachweise.

Zweite Einrede.

Rauschert habe nicht erwiesen, und die Lagerbücher lieferten den Beweis nicht, daß der von ihm geforderte Zins zu denjenigen gehöre, für welche das Gesetz die Vermuthung wirklich bloßer Grundzinse aufstelle.

Kreisgericht.

Bei Abgang der Constitutivurkunden könne der Beweis der rechtlichen Existenz der Rente zufolge Art. 1 des Reglements vom 18. Messidor X. und Art. 4 des Decrets vom 9. Vendémiaire XIII. auch durch eine Recognitivurkunde hergestellt werden, wenn der Rentgläubiger oder sein Autor, zur Zeit der französischen Occupation oder seitdem, im Besitze der Rente gewesen. Das Decret zähle die Lagerbücher ausdrücklich unter solche Recognitivurkunden, und Rauschert lege einen in gesetzlicher Form gefertigten, also glaubhaften Auszug aus den Heimersheimer Lagerbüchern vor, welcher darthue, daß die darin bezeichneten Güter von Heimersheim zum Vortheile der Alzeyer Collectur, in deren Rechte die französische Tilgungscasse getreten, mit einem Zinse belastet seyen, eine Benennung, welche die foncièreté der Last vermuthen lasse.

Obergericht.

Die Gründe des ersten Richters billigend bemerkt der Obergerichtshof, da nach dem angeführten Decret die gesetzliche Vermuthung einer blosen Grundrente an gewisse Namen geknüpft sey, welche in dem vorliegenden Auszuge aus dem Heimersheimer Lagerbuche vorkämen, und hiefür keine andere Beweise erheischt würden, so habe sich Lawall um so weniger zu beschweren, als ihm noch der Beweis der Feudalität vorbehalten worden sey.

Dritte Einrede.

Die vorgebrachten Auszüge, womit Rauschert beweisen wolle, daß Lawall die mit der Rente behafteten Güter besitze, seyen keine titres récognitifs, (in authentischer Form) sondern Privaturkunden, und hätten daher auch keine Beweiskraft.

Kreisgericht.

Der erste Richter, die Verfügungen der Art. 1334 10) et 1335 C. N. im Auge haltend, beseitigt diese Einrede schon in dem zur zweiten Einrede angeführten Motive, durch die einfache Erwähnung, daß der Bürgermeister, als Depositar der Lagerbücher, den Auszug unterzeichnet habe.

Obergericht.

Die Lagerbücher seyen schon dadurch ohne alle Kritik als glaubwürdig anzunehmen, weil das Decret vom 9. Vendémiaire XIII. sie als hinreichenden Beweis erkläre; die Lehre des Unterschieds zwischen öffentlichen und Privat-Urkunden seye hierauf nicht anwendbar; übrigens seyen solche Lagerbücher immer von dem Gerichte der Gemeinden errichtet worden, und darum verdienten sie öffentlichen Glauben. Auch habe der erste Richter noch einen Beweis über den Umstand, ob Lawall die mit der fraglichen Rente belasteten Güter wirklich im Besitze habe, vorbehalten, folglich sey jetzt noch kein Grund zu einer Beschwerde vorhanden.

10) Die Vorlage der Original-Lagerbücher wurde von Lawall nicht begehrt.

Vierte Einrede.

Rauschert habe nicht nachgewiesen, daß er oder seine Vorgänger im Besitze der fraglichen Rente, zur Zeit der französischen Occupation des linken Rheinufers oder seitdem, gewesen seyen.

Kreisgericht.

a) Die Regel, welche das römische Recht in L. 4. Cod. de acquir. et retin. possess. (7. 32.) aufstellt: »licet possessio nudo animo acquiri non possit, tamen solo animo retineri potest,« sey durch den Art. 2234 C. N. vor Publication des Vendémiaire-

Obergericht.

Die Gründe des ersten Richters seyen durchaus und um so mehr zu billigen, als einestheils nicht ein einziger Umstand von Seite Lawalls dargethan worden, daß vor dem Eintritt der französischen Truppen die Prästation dieser Alzeyer Collectur-Korngülte

Kreisgericht.

Decrets in die neue Civilgesetzgebung übertragen worden, so zwar, daß nach dem römischen Rechte, nach dem Civilgesetzbuche und nach dem Vendémiaire-Decret, welches letztere überall, wo es dem Civilgesetzbuche nicht derogire, durch dieses interpretirt und ergänzt werden müsse, — derjenige, der einmal besessen habe, den Besitz fortsetze, obgleich er sein Recht augenblicklich nicht ausübe, es sey denn, daß er den Besitz freiwillig an einen andern übertrage, oder ausdrücklich darauf verzichte. Wider seinen Willen verliere er aber den Besitz nur dann, wenn im Sinne der L. 153 D. de R. J. (50. 17) ein Widerspruch erfolge, oder das Object des Besitzes so ungewiß geworden sey, daß der Besitzer es nicht mehr aufzufinden vermöge. — L. 25 pr. D. de acquir. et amitt. possess. (41. 2.)

b) Durch den vorgelegten Recognitivtitel sey nun aber dargethan, daß die Autoren Rauscherts im Jahr 1763 noch im Besitze der Rente gewesen, und Lawall habe kein Factum articulirt, wodurch dieser Besitz verloren gegangen, oder ungewiß geworden wäre. —

c) Die Fortdauer dieses Besitzes seit dem Eintritt der französischen Truppen sey auch faktisch dadurch erwiesen, daß nach den vorgelegten Auszügen der Sommiers des Rentamts zu Alzey, Lawall im Jahre 1809 Rückstände von Gülten und Zinsen, die auf seinen Gütern in Heimersheim hafteten, bezahlt habe, und die Beweiskraft dieser Sommiers könne nicht beanständiget werden, weil der Art. 4 des Vendémiaire-Decrets die livres de collecte und Rechnungen als Beweisurkunden aufführe,

Obergericht.

der geistlichen Administration versagt worden und diese sich dabei beruhigt, mithin dieselbe oder deren Nachfolgerin, die Amortisationscasse den Besitz verloren habe, anderntheils aber, was noch zum Ueberfluß für den früheren Besitz beweise, seit dem Eintritt der Franzosen, nicht allein ein solches Factum der Weigerung fehle, sondern sogar durch die vorgelegten Sommiers des Rentmeisters und Quittungen dargethan worden, daß Lawall noch im Jahre 1809 die dort angegebenen Summen auf die Rückstände der von ihm geschuldeten, auf seinen Gütern in Heimersheim haftenden Rente bezahlt habe, mithin über den Besitzstand des rentenberechtigten Theils, zur Zeit der französischen Occupation des linken Rheinufers, gar kein rechtlicher Zweifel obwalten könne, besonders, wo die Einnahmsregister, livres de collecte, in dem Vendémiaire-Decrete als hinreichender Beweis erklärt seyen.

Kreisgericht

übrigens die Sommiers auch öffentliche Register seyen, worin ein Rentmeister sich gewiß keine nicht eingenommene Summe zu Last gesetzt haben würde. —

d) Unter dem Ausdrucke »seit jener Epoche« im Art. 4 des Vendémiaire-Decrets, müsse man übrigens den ganzen Zeitraum zwischen der Occupation und der angestellten Klage verstehen, indem ansonsten das Decret sich des Ausdrucks jusqu'à ce jour, oder jusqu'à la publication du présent décret bedient haben würde.

Fünfte Einrede.

Die eingeklagte Rente sey feudaler Natur.

Das Kreisgericht in Anwendung der Art. 3 und 5. des Vendémiaire-Decrets läßt diesen Beweis nach, obschon er nicht gehörig articulirt war. Rauschert hat sich über diese Verfügung, im Vertrauen auf sein gutes Recht, in der Appellationsinstanz nicht beschwert. —

B. Cassationsmittel

Lawalls, auszugsweise angedeutet in ihren Hauptmomenten.

Erstes Cassationsmittel.

Verletzung der durch den Art. 3 des Gesetzes vom 30ten Dezember 1822 (Amtsblatt 1823. Nro. 1.) zum Gesetze erhobenen Ministerial-Bekanntmachung vom 14ten Mai 1819,[11] und üble Anwendung des Art. 2 des C. N.

a) Die Ministerialbekanntmachung kündige in ihrem Eingange an, sie wolle den scheinbaren Widerspruch zwischen dem Artikel 12 der Verordnung vom April 1816 und dem gemeinen

11) Anhang pag. XIV. XV.

Rechte heben, und bestimme zwei Fälle, wo der Besitzer, als solcher, verbunden sey, nämlich:

α) entweder, wenn er vor dem Brumaire-Gesetz erworben und die Transcription nicht in gehöriger Zeit vorgenommen, ehe der Rentgläubiger inscribirt, oder

β) wenn er ausdrücklich die Rente übernommen habe.

b) Diese Bekanntmachung spreche zu gleicher Zeit von Hypothecarrechten, und deute hiemit an, welche Rechte man gegen den Besitzer habe, und wie diese zu exequiren seyen.

c) Das Brumaire-Gesetz mobilisire die Renten, weil es

α) in seinem Art. 7 die bereits bestehenden Renten ebenfalls als in der Folge hypothecirt zu werden, unfähig erkläre;

β) dieselben der Inscription unterwerfe, Art. 40 al. 3 dieses Gesetzes; denn hier sey unzweideutig von Renten gesprochen, wie dies die Ueberschrift des Tit. III. ibid. beweise;

γ) diejenigen Grundstücke, wovon der Erwerbtitel vor der Inscription transcribirt sey, Art. 46 ibidem, befreit-erkläre, und zwar ebenfalls von bestehenden Grundlasten, nicht blos von zu creirenden.

d) Aus allem dem ergebe sich, daß die Rente auf einem Grundstücke nicht mehr als Reallast betrachtet werden könne; denn sie würde alsdann einer Servitut gleich stehen, die weder einer Inscription bedürfe, noch durch Transcription purgirt werde; vielmehr sehe der Gesetzgeber nur ein Forderungsrecht in ihr, mit dem Privilegium venditoris, und so wenig, wie dort, könne auch hier jeder Besitzer direct um den Kaufpreis angegangen werden.

e) Der Oberrichter habe auch wohl eingesehen, daß nach der Gesetzgebung des C. N. die nun creirt werdenden Renten nach dieser Ansicht behandelt werden müßten; glaube aber mit Unrecht, daß dies bei den früher bestandenen Renten nicht der Fall sey, denn nach dieser Ansicht müßte man auch heute noch Hypotheken auf diese Renten constituiren können, weil sie hiernach diese ihre Natur nicht verändert hätten.

f) Wenn nun der Oberrichter, dem Allen ungeachtet, dennoch die Rente heute als eine Reallast behandele, und anstatt einer hypothecarischen Verfolgung, eine Principalklage zugelassen habe, selbst gegen denjenigen, der erst nach dem Brumaire-Gesetz erworben haben wolle, so seyen die Ministerial-Bekanntmachung und die einschlägigen Stellen aus dem Brumaire-Gesetz verletzt.

g) Der Artikel 2 des C. N. sey aber übel angewandt, indem allgemein die Ausnahme gelte, daß Gesetze rückwirken, wo sie es ausdrücklich verordnen.

Diese Sätze bemüht sich der Cassationskläger zu begründen, indem er eine vierfache Untersuchung anstellt, und zwar:

A) Ueber das ältere Recht der Grundrenten, und hiebei *Pothier*, contrat du bail à rente, *Merlin*, questions de droit, s. v. lettres de ratification, und das königlich französische Edict von 1771 über das Hypothekenwesen benutzt und erörtert.

B) Ueber die Intermediär-Gesetzgebung, wobei er das Gesetz vom 4. August 1789, Art. 1 et 6. das Gesetz vom 18/29. December 1790. tit. 5, Art. 1. anruft, die später hinzugekommenen Verfügungen über Mélange de féodalité und die Art, wie die Renten zu beweisen sind, als Vacillationen des Rechts abfertiget, und nur noch besonders heraushebt: »daß bis zum *Brumaire*-Gesetze die Renten ihre Immobiliar-Natur behielten, daher weder der Inscription unterlagen, noch purgirt werden konnten.«

C) Ueber die neue Legislation des *Brumaire*-Gesetzes und *Code Civil.*

a) Der Art. 7 des Brumaire-Gesetzes stelle die rentes foncières zu den rentes constituées, erkläre beide in der Folge als unfähig, hypothecirt zu werden, d. h. mobilisire die Rente. Hieraus folge die Nothwendigkeit der Inscription, und die Purgation mittelst Transcription. Art. 46 ibidem und Ministerial-Bekanntmachung von 1819.

b) Die Art. 529, 530. 543. 686. 2119. 2181. seqq. C. N. hätten dieses System beibehalten, wie dies Toullier droit civil français, tome III. p. 15. und Dr. Jourdan, in der Thémis, tome V. p. 321, unter dem Titel: Conséquences et développemens de l'art. 530 du Code Civil, zur Genüge bestätigten.

D) Ueber die Frage, ob die neuesten Verordnungen dem aufgestellten Grundsatze derogiren?

Die Verordnung vom 6. April 1816 habe derogirt, denn sie sey zur alten Legislation zurückgekehrt, indem sie den Besitzer als solchen, unbedingt verbindlich erklärt habe. Diesen Rückgang habe jedoch die Ministerialbekanntmachung vom 4. Mai 1819 redressirt, dies erhelle,

a) aus dem Eingange,

b) aus der Ennumeration, wie die Besitzer und welche die Rente bezahlen müßten. In den Fällen 1 und 3 der Bekanntmachung könne der Besitzer actione directa belangt werden, in jenen sub 2 aber nur actione hypothecaria, und hiernach könne in diesem Falle, nur in Gemäßheit des Art. 2167. seqq. C. N. verfahren werden.

Zweites Cassationsmittel.

Verletzung des Art. 4. des Gesetzes (f. Decrets) vom 9. Vendémiaire XIII. 12).

a) Wenn die beiden ersten Richter den im Art. 4. des Vendémiaire-Gesetzes vorgeschriebenen Besitz der Rente dahin verstünden, daß es genüge, daß so lange her es sey,

12) Anhang pag. II.

eine Urkunde existirte, aus welcher man die Rente argumentiren könnte, so würde dieser Artikel in eine wahre Tautologie verfallen, denn alsdann würde jeder titre récognitif zu gleicher Zeit den Besitz beweisen; während dem dieser Art. jenen Beweis durch einen titre récognitif erst durch den Besitz bedinge. Der Gesetzgeber habe daher offenbar mit dem Besitze die wirkliche Perception gewollt.

b) Es sey nicht nothwenig, in die theoretische Frage einzugehen, ob nicht der Besitz solo animo verloren werde, oder ob factum und animus aufhören müssen. Es genüge, daß in der speciellen Gesetzgebung hier unter Besitz offenbar nur die Perception gemeint seyn könne; das Gegentheil annehmen hieße das Gesetz mißverstehen und verletzen.

Zur Begründung dieser Sätze beruft sich Cassationskläger auf Savigny's Abhandlung über das Recht des Besitzes, §. 29. seqq., behauptet aber ferner

c) es komme gar nicht auf diese Frage an, denn

α) Cassationsbeklagter habe nicht nachgewiesen, daß seine Autoren im Jahr 1763 besessen hätten, weil die Renovation von den Rentpflichtigen weder unterschrieben noch anerkannt sey, übrigens keine Ausübung des Rechts, sondern höchstens einen animum possidendi angebe, der Besitz aber doch auf allen Fall ein factum possessionis, d. h., eine wahre Perception voraussetze.

β) Wenn auch die Renovation den Besitz für das Jahr 1763 beweise, so sey es um so exorbitanter, die Fortsetzung desselben für die Zeit der Occupation zu behaupten, als ja in der Zwischenzeit die Verjährungsfrist von 30 Jahren abgelaufen gewesen. Die Theorie des Kreisgerichts hebe aber jede Verjährung einer Rente per non usum von 30 Jahren auf, wenn der 30jährige Besitz, auch ohne ein factum possessionis, als in der Zwischenzeit fortgesetzt angenommen werden könnte.

γ) Aus dem Zusammenhange der Gesetze in dieser Materie sey klar, daß das kaiserliche Decret keinen solchen subtilisirten Besitz, im Sinne gehabt, wie ihn das Kreisgericht angenommen, denn hiernach würde jeder titre déclaratoire ou récognitif auch den Besitz der Rente beweisen, es wäre also ein ganz eigener Pleonasmus, wenn man [13] zur Bedingung eines Beweises mache, was dieser Beweis bereits involvire.

Drittes Cassationsmittel.

Verletzung des Art. 1317. C. N. und üble Anwendung des Art. 4. des Gesetzes vom Vendémiaire XIII.

a) Um den späteren Besitz wenigstens darzuthun, berufe sich Rauschert auf die Auszüge aus den Sommiers der französischen Amortisationscasse. Als Privaturkunde würden diese nichts beweisen, weil keine Urkunde pro Scribente bewiese, und der

13) Soll wohl heißen: das Decret — ?

Fiscus, welcher hier Privatrechte durch seine ayants-cause in Anspruch nehme, bilde hierin keine Ausnahme. Indem nun die ersten Richter diese Urkunden für öffentliche ausgäben, verletzten sie offenbar den Art. 1317. C. N., welcher eine deutliche Definition dessen, was eine öffentliche Urkunde sey, enthalte.

b) Da, wo der Fiscus reine Privatrechte ausübe, wo er selbst nicht als öffentliche, sondern als Privatperson auftrete, dürften auch seine Beamten nicht als öffentliche Autorität erscheinen, die über die Freiheit oder Belastung der Grundstücke mit einem Federzuge disponiren könnte.

c) Unjuristisch sey das Raisonnement: »es ließe sich nicht erwarten, daß diese Beamten »sich mit einer nicht gemachten Einnahme belastet hätten.« — Dies bilde höchstens eine Vermuthung, und zwar eine nicht einmal haltbare, weil

α) niemand die zwischen diesen Angestellten und dem Fiscus stattgehabte Comptabilität zur Einsicht erhalte, und

β) diese Beamten für die Nichtbeitreibung einer vermeintlichen Rente nicht nur responsabel seyen, sondern auch ihre Amtsthätigkeit selbst dadurch in ein ungünstiges Licht setzten, und es daher wohl denkbar wäre, daß sie sich freiwillig mit einem solchen kleinen Posten belasteten.

d) Es komme übrigens in dieser Materie nicht auf Vermuthungen an, sondern wirkliche Beweise würden gefordert, und wenn die Auszüge aus den Sommiers der französischen Tilgungscasse als Privaturkunden unmöglich bewiesen, so könnten sie ohne Gesetzverletzung nicht als öffentliche Urkunden anerkannt werden.

e) Um die Beweiskraft jener Sommiers zu retten, wende man sich an den Art. 4. des Vendémiaire-Gesetzes, wo die Livres de Collecte ausdrücklich als Beweisurkunden angegeben würden. Es sey aber nicht zu übersehen, daß der Gesetzgeber unter Livres de Collecte die alten Hebregister im Sinne gehabt; denn er spreche ja von solchen, die zur Zeit der Publication des Decrets schon regelmäßig bestanden hätten. Wenn der Gesetzgeber ausdrücklich diesen zu einer unverdächtigen Zeit entstandenen Büchern Zutrauen schenke, so sey es wohl eine üble Anwendung des Gesetzes, auch diejenigen Sommiers gelten zu lassen, die in einer Zeit entstanden seyn sollen, wo eben Niemand mehr eine Rente habe prästiren wollen, und wo schon promulgirt gewesen, daß Livres de Collecte Beweiskraft haben sollten. Wie leicht wäre die Versuchung gewesen, durch eine Quittung von 30 francs eine Rente von 20fachem Betrage zu constatiren!

C. Vertheidigung des Cassations-Beklagten.

Einleitung.

Das kaiserliche Decret vom 9. Vendémiaire XIII. bildet nach der eigenen Ausführung des Cassationsklägers den Mittelpunkt des vorliegenden Rechtsstreites. Es enthält laut des offiziellen Berichtes vom Staatsrathe Bigot-Préameneu, 14) an den Kaiser erstattet, keine legislative Maasregel, es ändert nichts an dem Eigenthumsrechte; es ist nichts anders, als eine feierliche Erklärung der Statuten und Gewohnheiten der Länder auf dem linken Rheinufer, damit die Betheiligten nicht nöthig hätten, sich an die Gerichte zu wenden, und damit in den gerichtlichen Entscheidungen keine solche abweichende Verschiedenheit entstehe, welche die Prozesse ins unendliche vervielfältigen und eine neue Ursache der Unruhen im Lande erzeugen würde.

Der Art. 1. des Decrets bestätiget diese Grundlage, und der Art. 11. hebt alle früheren Beschlüsse und Reglements der französischen Regierung auf, in soweit sie diesen neuen Anordnungen widersprechen. 15)

Hieraus ergiebt sich von selbst für unsern Fall die Nothwendigkeit, vor aller weiteren Erörterung, jenen Statuten und Gewohnheiten nachzuforschen, und demnächst zuvörderst uns mit dem Orte bekannt zu machen, wo die zinspflichtigen Güter gelegen sind.

Heimersheim gehörte ehemals zu dem churpfälzischen Oberamte Alzey, und liegt eine kleine Stunde von dieser Stadt entfernt. In den Lorscher Urkunden wird es Heimradesheim, Hemradesheim, Heimridesheim und Heidmarsheim genannt. Das ehemalige Kloster Syon war daselbst begütert, und die Gemarkung enthält im Ganzen nur 1575 Morgen Feld. Hierunter sind begriffen der ehemals zur Collectur Alzey gehörige Präsenzhof, die Höfe des Klosters Gommersheim, einige adeliche Freigüter, die Pfarr- und Schulgüter. 16)

---

14) M. s. Anhang pag. VIII. vorletztes al.

15) M. s. pag. I. et III. des Anhangs.

16) Man sehe: Versuch einer geographisch-historischen Beschreibung der kurfürstlichen Pfalz am Rheine von Johann Goswin Widder. Frankfurt und Leipzig 1786 fgde., dritter Theil pag. 181.

Dieses wichtige Buch hat in der Pfalz beinahe ein authentisches Gewicht und Ansehen erlangt. Der Verfasser (geboren zu Dürkheim an der Haardt 1734, gestorben 1800) war anfangs der 1780er Jahre geheimer Sekretär, seit 1787 wirklicher Oberlandesregierungsrath zu München, und seit 1790 kurpfalzbaierischer geheimer Rath und Kammerdirector zu Mannheim. — Conf. Meusels gelehrtes Deutschland oder Gelehrtenlexicon 8r. Band p. 494.

Das Kloster Syon lag unweit Mauchenheim, wurde im Jahre 1566 von Kurfürst Friedrich III. (der von 1559 bis 1576 regierte) aufgehoben und die Einkünfte desselben zur geistlichen Verwaltung gezogen. Noch bis in die letzten Zeiten bestand eine eigene Schaffnerey Syon. 17)

Die Collectur Alzey, auch zur geistlichen Administration zu Heidelberg gehörig, verwaltete die Präsenzgüter, womit es folgende Bewandniß hat. Es bestand nämlich in Alzey seit dem 13ten Jahrhundert ein Kloster, Himmelgarten genannt, mit Nonnen des Cistercienser Ordens bestellt. Im 15ten Jahrhunderte neigte sich der Convent zu Ende. Auf Ansuchen des Kurfürsten Friedrich I. und seines Nachfolgers Philipp, wie auch der Bürgerschaft zu Alzey wurde das Kloster mit Bewilligung des Papstes Sixtus IV. im Jahre 1479 eingezogen und dessen Gefälle der Pfarrkirche zu Alzey zugewendet. Letztere wurde nun, vermöge päpstlicher Bulle, zu einem Collegiatstifte erhoben, und ihr alle Vorrechte und Freiheiten in dieser Eigenschaft verliehen, womit denn auch die Präsenz zusammenhieng. 18)

Gommersheim war ein Kloster nahe bei Gauodernheim gelegen, wovon man Spuren bis in das 12te Jahrhundert hinauf findet. Es war ebenfalls mit Nonnen des Cistercienser Ordens, gemeiniglich aus den ältesten adeligen Geschlechtern, besetzt. Unter Kurfürst Friedrich III. wurde sowohl jenes Collegiatstift, als wie das Kloster Gommersheim aufgehoben, und die Einkünfte davon sämmtlich der geistlichen Administration zu Heidelberg überwiesen. Die Präsenz wurde einem Collector zu Alzey, die Güter und Gefälle des Klosters Gommersheim einem eigenen Schaffner anvertraut, und es gab bis in die neueren Zeiten eine eigene Schaffnerei Gommersheim, obgleich die Gebäulichkeiten des Klosters längst zertrümmert und verschwunden waren. 19)

In Alzey bestanden unter andern auch noch ein Augustiner- und ein Antonitter-Kloster. Beide Klöster wurden Anno 1550 und 1551 durch Kurfürst Friedrich II., mit Erlaubniß des Papstes Julius III. aufgehoben, und sämmtliche Einkünfte derselben wurden der Universität Heidelberg einverleibt. Eben so verhielt es sich mit dem Kloster Weydas bei Dautenheim. 20)

---

17) Widder, tom. 3. pag. 169. 173.

18) Widder, a. O. p. 31 — 35.
Dufresne Gloss. t. 3 p. 390, 391.
Oertels Wörterbuch. Anspach 1816. p. 699 s. v. praesent, in fine.

19) Widder, p. 45, 46.

20) Widder l. c. p. 28, 29, 89. Es verdient hier bemerkt zu werden, daß Widder nicht nur die älteren Chronik- und Historienschreiber, sondern auch vorzüglich die Archive der kurpfälzischen Hofkammer,

Der größte Theil des Oberamts Alzey stand, rücksichtlich der geistlichen Verfassung, unter dem Erzstifte Mainz, und alle Klöster, Stifter, Pfarreien und Pfründen gehörten, wie bekannt, unter die geistliche Aufsicht und Gerichtsbarkeit der verschiedenen Kirchsprengel. Die oben bezeichneten Klöster und Stifter waren aber namentlich der Mainzer Diöcese einverleibt. 21)

Es ist daher wohl nicht zu bezweifeln, daß man auf die Statuten und Gewohnheiten des Erzstiftes Mainz zurückkehren muß, um die Natur der, in dem vorliegenden Rechtsstreite befangenen Zinsen und Gülten ꝛc. zu beurtheilen, wenn nicht aus den Urkunden erhellet, daß das kurpfälzische Landrecht, welches unter Kurfürst Ludwig VI. im Jahr 1582 zum erstenmal publicirt wurde, und die später erfolgten Verordnungen auf die erneuerten Erbverleihungen und Erbbestände einen wesentlichen Einfluß geäußert, und Veränderungen erzeugt haben. Eins wie das andere kann dem Cassationsbeklagten gleich gelten, da sowohl nach jenen Gewohnheiten, als wie nach diesem Landrechte seine Ansprüche vollkommen gegründet erscheinen.

Nachdem wir auf diese Art festgestellt haben, wo und wie der Ursprung, die rechtliche Natur und die Wirkung der Gerechtsame des Cassationsbeklagten aufzusuchen und zu erörtern seyen, wollen wir

1) das alte Recht bis zum Ende des Jahrs 1797,

2) die Aenderungen, welche die französische Gesetzgebung und die neuesten Verordnungen hervorgebracht haben, darzustellen suchen, und endlich

3) in eine specielle Widerlegung der Cassationsmittel eingehen.

1. Altes Recht bis zum Jahr 1797.

Der Bericht des Staatsraths Bigot-Préameneu an den Kaiser führt uns auch hier wieder an die rechte Quelle. Um nämlich mit einiger Gewißheit allgemeine Regeln für

---

der geistlichen Administration, der Heidelberger Universität, und die Urkundensammlungen von Schannat, Würdtwein, Gudenus, Joannes, Tollner, Freher, Pareus ꝛc. benutzt hat.

Um sich des diplomatischen Werthes aller Angaben zu versichern, hat der Anwalt des Cassationsbeklagten in die, im Texte mitgetheilten Nachrichten nichts aufgenommen, was er nicht zuvor genau an den Quellen geprüft und richtig befunden hatte.

21) Man vergl. Widder a. a. O. 1ter Theil p. 37. Stephani Alexandri (Würdtwein) Monasticon palatinum. Mannheim 1793 tom. 1. p. 5. «Sancti Antonii ordinis,» p. 6, 7. «Ordinis cisterciensis et praemonstratensis,» pag. 11. «Augustinianorum» tom, 5. p. 426 — 441.
Ejusdem: Dioecesis Moguntina in indice passim.

4

diese Materien in den vier neuen Departementen festzusetzen, ließ der Kaiser, während seines Aufenthalts zu Mainz, im September und Oktober 1804, die berühmtesten Rechtsgelehrten und die Domänendirectoren dieser Departemente zusammenberufen, damit Letztere nach ihrer Localkenntniß die Fragen aufstellten, und Erstere hierauf erklärten, was den Gewohnheiten und dem notorischen Rechte gemäß sey. Der Staatsrath Bigot-Préameneu führte den Vorsitz bei dieser Versammlung, und für das Departement vom Donnersberg war der verstorbene Professor Bodmann, damals Richter, später Vicepräsident des Gerichtes erster Instanz zu Mainz, berufen.[22]

Es ist hier nicht der Ort, die Apologie dieses Gelehrten zu schreiben, und es mag die Bemerkung genügen, daß er ein Schüler Böhmers, Pütters, Selchows, Beckmanns ꝛc. zu Göttingen gewesen, daß er an den höchsten Reichsgerichten seine praktische Uebungszeit vollbrachte, im Juli 1780 als ausserordentlicher Lehrer der Rechte nach Mainz berufen, und im Oktober 1783 als ordentlicher Professor des deutschen Privatrechtes und Beisitzer der Juristenfakultät ernannt wurde.[23]

Von diesem Herrn Bodmann nun besitzen wir glücklicherweise eine sehr gründliche, reichbelegte Abhandlung über die Erbleihen oder Erbpächte im Erzstifte Mainz.[24]

---

22) Pag. VII. XII. des Anhangs.

23) Ph. Waldmann, biographische Nachrichten von den Rechtsgelehrten auf der hohen Schule zu Mainz im 18ten Jahrhunderte. Mainz 1784. p. 73. 74.

24) »Historisch juristische Abhandlung: Geschichte, Natur und rechtliche Beschaffenheit der Erbleihen oder »Erbpächte im Erzstifte Mainz; von ihrer Entstehung an, bis auf gegenwärtige Zeiten. Aus vater»ländischen ungedruckten Urkunden, den Land- und andern deutschen Rechten, auch dem ältern und »neueren Landbrauche dieses Erzstifts entwickelt; und zur Erhaltung der akademischen höchsten Würden »in der Rechtsgelehrsamkeit verfaßt und vertheidigt von Jakob Koch, von Mainz, der Philosophie »Baccalaur. Am 26ten Julius 1791. Mainz bei Andreas Craß.«

Diese ganze Abhandlung ist das eigene Werk des Herrn Bodmann. Wer die übrigen Schriften dieses Gelehrten gelesen hat, namentlich seine rheingauischen Alterthümer, darf nur eine oberflächliche Vergleichung anstellen, um den Verfasser an dem Style und der Behandlungsweise zu erkennen. Aber es fehlt auch nicht an ausdrücklichen Zeugnissen hierüber. M. s.:

a) Meusels gelehrtes Deutschland. Lemgo 1796. 1. Bd. p. 339, 340.

b) Ersch, Litteratur der Jurisprudenz. Amsterdam und Leipzig 1812. Abschnitt I. N.° 642.

c) L'emphythéose allemande, ou bail héréditaire emphythéotique, d'après les Statuts et usages des pays composant les quatre Départements de la rive gauche du Rhin. Mayence chez Th. Zabern 1812. p. 7, 10, 13, 14, 19, 24. — Man weiß, daß Herr D.r Hadamar, damals Advokat, jetzt Präsident des Großherzogl. Obergerichtshofes zu Mainz, der eigentliche Verfasser dieses Mémoire's ist, welches Herr Huart-Duparc, Advocat am Cassationshofe zu Paris, als Vertheidigungsschrift gegen ein admittirtes Cassationsgesuch in Sachen der französischen Domänen gegen einen gewissen

Der beste Beweis über den Werth und die Wichtigkeit dieser Abhandlung liegt in dem kaiserlichen Decrete selbst; denn die Benennungen sub N.° 1, 2, 4, des Art. 1. sind buchstäblich daraus entnommen. 25)

Der Verfasser zeigt in den ersten drei Paragraphen, daß der Bauer am Rheinstrome vom 10ten bis 13ten Jahrhundert noch gar kein Erbrecht gehabt habe, und daß ihm bloß das Colonatsrecht zustand; er beweißt, daß dieses Colonats-Erbrecht, wie es sich bei den Stiftern und Klöstern ausgebildet, auch das Muster gewesen, wornach sich die weltlichen Gutsherrschaften, Grafen, Dynasten und Ritterschaft zu richten pflegten. In dem §. 4. lehrt er, wie die alten schlechten Zinsverleihungen und Erbcolonien nach und nach in Erbleihen übergiengen, und im §. 5. wird dargethan, wie in dem 15, 16, und 17ten Jahrhunderte die Landsiedeleien fast insgesammt in Erbleihen umgeschaffen worden sind. Er beklagt besonders, wie das römische und canonische Recht nachtheilig auf die Reinheit der alten Lehre eingewirkt, und welche Irrungen dadurch auch in den Landesordnungen des 16ten Jahrhunderts und in den Urkunden selbst entstanden seyen.

Es wäre hier zu weitläuftig und würde einem Plagiate ähnlich sehen, wenn man dem Verfasser Schritt vor Schritt folgen und seine einzelnen Sätze ausschreiben wollte. Genug, daß aus seiner Untersuchung unverkennbar hervorgeht, wie in der Regel weder aufgelegte Zinsen, noch sonstige Belastungsgründe in dem Erzstifte Mainz vorkommen, sondern daß vielmehr durchgängig die Verleihung des Gutes zu rechtem Erbe Ursache und Entstehung der Zins- und Gültpflicht gewesen. Für den Genuß des Gutes war der Erbleihmann schuldig, seiner Herrschaft Vergütung zu thun, und diese Vergütung hieß Zins, Pacht, Gült ꝛc., welchem bald von der Zeit, worin die Lieferung geschehen mußte, bald von der Sache, worin die Lieferung bestand, bald von den Grundstücken, wovon er zu entrichten war, bald von andern Nebenumständen, verschiedenartige Beinamen gegeben wurden. §. 19. p. 40.

Der Verfasser, der bereits in §. 8. p. 26. dem kurpfälzer Landrechte Theil 2, Titel 5 das Lob wahrer pragmatischen und gesetzlichen Richtigkeit

---

Krehbiel zu Kirchheimbolanden, unterschrieben und eingereicht hatte, und in Gefolge dessen auch die Cassation verworfen wurde.

d) Mittermayer, Grundsätze des deutschen Privatrechts, 3te Ausgabe, 1827. §. 436. Nota 9.

25) Anhang pag. I. Bodmann (unter diesem Namen bezeichnen wir fortan diese Abhandlung) §. 6. 7. pag. 14. 15. §. 8. 9. pag. 16. 17. 18. §. 19. pag. 40. §. 24. pag. 48.

4 *

beigelegt hat, entwickelt nun noch andere Rechtswirkungen in dem wechselseitigen Verhältnisse des Erbbeständers und des Erbherrn unter sich sowohl, als wie auch zu dem Staate, zu den Gemeinden, zu dem Landesherrn. Er kömmt §. 31. p. 59 auf die wichtigen Sätze, daß es dem Erbbeständer nicht erlaubt sey, ohne Vorwissen und Genehmigung der Gutsherrschaft die Erbleihe zu veräußern, oder die Güter zu verpfänden, und daß er niemals das Gut schwächen, oder in einzelnen Parzellen abgeben dürfe; wie endlich stets die Rechte der Gutsherrschaft an das Gut sowohl, als an den jährlichen Pacht ungekränkt bleiben mußten. §. 35. p. 66.

Zuletzt wirft er noch §. 32. pag. 70. einen Blick auf die alten Hubgerichte, wo von niedergesetzten Hübnern, unter Vorsitz eines Maiers oder Schultheißen, welche den Stab hielten, über die richtige Lieferung der Gülten und Zinsen rc. und die übrigen Verhältnisse, Recht gesprochen wurde.

Im §. 39. pag. 71. spricht er über die Klagen, ihre Wirkungen und den Proceßgang in Erbleihsachen überhaupt, wie sie sich bis 1791 gestaltet. Er lobt die biedere Einfalt, die ungezwungene Kürze, den starken Nachdruck und die Consequenz des älteren Gerichtsganges vor den Schöffen, und tadelt bitter die Klaggespinnste und die petitorischen Rechtsgänge ohne Ende, in welche sich die neueren Gutsherrschaften, gegen Vertrag, Brauch und Herkommen verwickelt sehen müssen.

Aus allem dem ergiebt sich unzweideutig, daß die Gülten und Zinsen bei uns am Rheine, in ihrem ursprünglichen Grundverhältnisse nichts anders, als der jährliche Pacht von denen, Anfangs in Landsiedelei (Colonat) verliehenen, nach und nach zu wahrer Erbleihe begebenen, den Gutsherrschaften eigenthümlich zugehörigen Feldern und Ländereien, gewesen sind.

Die Aufhebung der Klöster zur Zeit der Reformation, im Laufe des 16ten Jahrhunderts, bewirkte an diesem Grundverhältnisse keine Aenderung; denn der Wechsel in der Person des Berechtigten kann, an und für sich, die Verbindlichkeiten des Schuldners nicht schwächen. Auch beweisen die den Acten beigefügten Documente von 1549 und 1572, welche beide vor der ersten Erscheinung des kurpfälzischen Landrechtes (1582) errichtet worden sind, daß die Ausführung des Herrn Professors Bodmann vollkommen mit den dort als bekannt angezogenen und ausgedrückten alten Rechten und Gewohnheiten übereinstimmt, und das Pfälzer Landrecht selbst, obschon in dieser Lehre, wie in vielen andern, mit römischem Rechte stark durchwebt, kennt keinen andern Entstehungsgrund für Gülten und Zinsen, als gerade die Erbleihen.

Die Leibeigenschaft, Hof- und Eigenhörigkeit lasteten zwar auch bis in die neuesten Zeiten auf dem pfälzischen Bauernstande [26]; allein die daher rührenden Auflagen und Abgaben tragen andere Namen, und kommen nur unter den Worten Atzung, Schatzung, Steuer, Reiß, Folg, Frohn ꝛc. in den Urkunden und Verordnungen vor. Es ist ganz besonders merkwürdig, daß allenthalben, sowohl jene Gülten und Zinsen, als wie die andern vorerwähnten Abgaben, wirklichen Dienstbarkeiten und Realbeschwerden gleich gestellt, und streng von auferlegten Gülten unterschieden werden. Daß sie als unbewegliches Gut betrachtet und behandelt wurden, bedarf kaum einer Erwähnung. [27]

Nachdem wir nun die wahre Natur der dem Cassationsbeklagten transferirten Renten aus den Gewohnheiten und Statuten dargethan, untersuchen wir weiter, auf welche Art und Weise die Erbleihen und daraus rührenden Gülten und Zinsen, bei Abgang der Constitutivurkunden, bewiesen und constatirt wurden.

Schon im Jahre 1564 erließ Kurfürst Friedrich III. eine Verordnung: » daß in » allweg dahin zu sehen, damit bei Veränderung liegender Güter die darauf bestehenden » Beschwerden und Dienstbarkeiten vorbehalten, auch daß in Kauf- und Verschrei- » bungen fleissentlichen gemerkt und vermeldet werden. « [28]

Diese Verordnung wurde vom Kurfürst Ludwig VI. erneuert und die Befolgung den Amtleuten wie den Ortsgerichten streng eingeschärft. [29]

In der Landesordnung Titel 11. wurden diese Verfügungen noch näher bestimmt, und Kurfürst Karl ertheilte im Jahre 1683 eine Instruktion für die Beamten, [30]

---

26) Widder a. a. O. Theil 1. pag. 73. 74.

27) Kurpfälzisches Landrecht Theil 2. Titel 5. von Erbverleihung oder Erbbeständniß liegender Güter. Ibidem, Titel 16, N.° 2, Titel 17, N.° 3, Titel 6, N.° 3, Titel 11, princ.; Theil 4, Titel 12, N° 1.

Kurpfälzische Landesordnung Titel 7, §. 14, Titel 10, §. 9. in fine, §. 10, Titel 11, §. 1, 2.

28) M. s. D.r F. Janson: Materialien zu einem künftigen Gesetzbuche für die kurpfälzischen Lande oder Sammlung kurpfälzischer Verordnungen, vom Jahre 1196 bis 1768. Heidelberg 1793. in 4.° I. pag. 5.

29) Janson, a. a. O. pag. 27.

30) Janson l. c. p. 114. seqq. §. 2. 4. 6. 17. ꝛc. Die Verwaltung der Gerichtsbarkeit in der Pfalz, wie auch die Aufsicht über die landesherrlichen Güter, und die Einsammlung der Gefälle auf dem Lande hat ebenfalls gegen ältere Zeiten sich in Vielem geändert. Nachdem die Gaugrafen, und die von ihnen gehaltenen öffentlichen Dingtage in Abgang gekommen sind, behielt jedes Dorf, oder auch mehrere mit einander, die in der Gemeinde errichteten Satz- und Ordnungen, denen sich jeder Einwohner fügen mußte, bei. Aus diesen ward ein Schultheiß und mehrere Schöffen gewählt, die

worin es nicht nur den höhern Behörden, sondern auch den Orts-Schultheißen, Bürgermeistern und Gerichten zur unerläßlichen Pflicht gemacht wird, »sowohl »Unterthanen und Angehörige, als auch alle deren eigenthümliche Stücke, Grenzen »und Zubehörungen, sammt allen Regalien, Freiheiten, Gerechtsamen, Einkünf- »ten und Nutzungen, in gute richtige Verzeichnisse, als Weisthümer, Register, Erb- »und Saalbücher, zu bringen, wenn sich deren nicht schon vorfänden.«

Man übergeht hier die weiteren, meistens nur erklärenden und bestätigenden Verordnungen bis zum 18ten Jahrhundert, und beschränkt sich darauf, noch folgende aus neuerer Zeit zu erwähnen: 31)

a) Verordnung des Kurfürsten Karl Philipp vom 21ten März 1726, Instruktion über das Rechnungswesen bei der geistlichen Administration enthaltend, §. 18 — 26. §. 33., woraus erhellt, daß die Rechnungsbeamten allenthalben angewiesen waren, die Renovationen und eigenen Lagerbücher, mit Hülfe der Ortsschultheißen und Gerichte, und besonders der ältesten Leute, fleißig zu fertigen, und daß »falls »ein oder andere Gemeind in der Pfalz etwas verhehlen und zur Renovation »nicht verhelfen wollte, bei den Oberämtern dahin anzutragen und von diesen zu »erkennen sey, daß dergleichen Gefälle den ganzen Gemeinden aufgebürdet, und »von ihnen durch eine gleiche Austheilung erhoben werden sollen. §. 21. 22.

b) Verordnungen von den Jahren 1751, 1756, neu publicirt durch Regierungs-Rescript vom 17ten März 1778 und 20ten Juni 1781, woraus ersichtlich, daß nicht nur, ohne gerichtliche Insinuation, keine Zins- und Gültgüter veräußert, sondern auch bei Strafe der Nichtigkeit bei Theilungen, Tausch- und Kauf-contracten, kein Stück Feld unter einem halben Morgen, und keine Wiese unter einem Viertel Morgen, vertheilt und verstückelt werden soll. Dabei ist wörtlich verordnet: »Damit aber auch, bei also verändertem Besitzer deren Zins- und »Gültgüter, die Zinsherren benachrichtiget werden, von wem solche Zinsen »hinkünftig zu erheben, hat das Oberamt die nothwendige Vorkehr dahin

in landesherrlichen Pflichten stunden, mithin auch die erfolgten höheren Befehle zu vollstrecken, zugleich aber auf die Aufrechthaltung jener Dorfsordnungen und die gemeine Sicherheit zu machen, minder nicht in allen dahin einschlagenden Streit- und Frevelfällen zu entscheiden hatten. — Widder a. a. O. t. 1. p. 73.

31) Diese Verordnungen stehen zum Theil gar nicht, zum Theil nicht ausführlich in Jansons Sammlung; können aber in Original vorgelegt werden.

» zu treffen, daß bei dem Schatzungs- Ab- und Zuschreiben auch die Gült und » Zinsen durch die Gerichte ab- und zugeschrieben, und die diesfallsigen Verzeich- » nisse denen Zinserhebern, zu weiterem Gebrauch, alljährlich einbehändiget werden. «

Bei so vollständigen und klaren Bestimmungen der Localstatute, denen man wohl das Ansehen förmlicher Gesetze nicht wird abstreiten können, ist es beinahe unnöthig, auf die Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts zurückzukommen, und die verschiedenen Theorieen über dingliche Obligationen, Reallasten, Realberechtigungen, nebst den daraus entspringenden persönlichen und dinglichen Klagen gegen jeden Besitzer als solchen, zu beleuchten. Gleichwohl darf der Anwalt des Cassationsbeklagten die Schriften eines von Selchow, 32) Hofacker, 33) Runde, 34) Danz, 35) Eichhorn, 36) und Mittermayer, 37)

---

32) J. H. C. de Selchow, Elementa juris germanici privati hodierni. Editio octava. §§. 218 seqq. §§. 232 seqq. §§. 243 seqq. Goettingæ 1795.

33) Dr. B. C. Ch. Hofacker, Principia juris civilis romano-germanici. Tubingæ 1801. tom. 2. §§. 1147 — 1151.

34) Dr. J. F. Runde, Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts, 5te Auflage, Göttingen 1817. §§. 481. seqq. §§. 504 bis 508. 513, seqq. 517. seqq.

35) Dr. W. A. F. Danz, Handbuch des deutschen Privatrechts. Stuttgardt 1800. tom. 5. p. 109 seqq. p. 233. seqq. p. 291. seqq.

36) Dr. C. F. Eichhorn, Einleitung in das deutsche Privatrecht ꝛc. Göttingen 1823. §§. 159. seqq. pag. 410 — 424, §. 250. seqq. pag. 613 — 640.
Der Verfasser führt die betreffenden Stellen seiner Rechtsgeschichte hiebei selbst an.

37) Dr. C. J. A. Mittermayer, Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts, 3te Ausgabe, Landshut 1827. §§. 153 — 160. §. 176, §§. 428 bis 444.

Anmerkung. Dr. Carl Vollgraff, Professor in Marburg, hat in dem 9ten Bande des Archivs für civilistische Praxis, Beilageheft, Heidelberg 1826, » eine Revision verschiedener » deutsch-rechtlicher Theorien über die Persönlichkeit fast aller deutschen Rechte, über die eigent- » liche Bedeutung der Gewehr, über Besitz, Eigen-, Lehn-, Leihe-, Zinsgut, Pacht » und Realität, insonderheit aber über den eigentlichen juristischen Character der sogenannten » Reallasten, « geliefert, und hierin auf eine eben so scharfsinnige, als interessante Weise die bisherigen Ansichten der Germanisten, insbesondere aber von Eichhorn und Mittermayer bestritten; allein abgesehen davon, daß die Localstatute für den vorliegenden Proceß deutlich und entscheidend sind, so stimmt er mit dem Resultate und den Wirkungen der früheren Lehren dennoch überein. M. s. pag. 183 — 185. Es bleibt uns nur zu besorgen, daß der Hr. Professor sich bei Ansicht der kurpfälzischen Verordnungen gleichfalls entrüsten werde; wollen es übrigens dahin gestellt seyn lassen, ob der kurpfälzische Kanzler Julius Micyllus und seine Mitarbeiter, bei Abfassung des Landrechtes, auch dem unglücklichen Sprüchworte » in verbis simus faciles, « gehuldigt haben, um die wahre Natur und Wirkung eines Rechtsverhältnisses, in der damals gebräuchlichen Rechtssprache, auszudrücken.

nicht übergehen; beschränkt sich aber auf die Bemerkung, daß alle diese Schriftsteller in ihren Grundsätzen über die Natur, die Leistungsart, die Rechte und Klagen des Guts- und Zinsherrn, und über den Beweis durch Grund- und Zinsbücher, Weisthümer und Hebregister, in so weit dies Alles in dem vorliegenden Rechtsstreite zur Sprache kömmt, vollkommen einig sind. Sogar das ältere französische Recht 38) stimmt in den Hauptpunkten hiemit überein.

2. Aenderungen, welche die französische Gesetzgebung und die neuesten Verordnungen hervorgebracht haben.

Es kann nicht zu unserem Zwecke dienen, also auch nicht in unserer Absicht liegen, eine vollständige Darstellung der französischen Legislation seit dem 4ten August 1789 zu geben. Wer sich einen schnellen und leichten Ueberblick bis zum Jahr 1800 verschaffen will, wird seine Befriedigung in einem Berichte des Tribuns *Duchesne* vom 27. Ventose VIII. über einen, damals von der Consular-Regierung vorgelegten Gesetz-Entwurf, die Einforderung der alten Grundrenten betreffend, finden. 39)

Vollständig bis in die neueste Zeit aber hat die französische Legislation der Baron von Cormenin zusammengestellt. 40)

---

38) *Pothier*, Contrat du bail à rente, N°. 18. »La rente foncière est une charge réelle de l'héritage baillé à rente.« Nro. 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87. *Pothier* hat hier schon die Ansichten Vollgraffs über die Natur der gegen den dritten Besitzer des belasteten Gutes gehenden Klagen. Er zeigt, daß die Verbindlichkeit desselben aus dem factum seines Besitzes entspringe, und daß er, bis zur Renovation, ex quasi contractu tenent bleibe. Dies nennt nun Pothier die persönliche Klage. In Nro. 90 entwickelt er, wie die Hypothecarklage für diejenigen Rückstände statt finde, welche vor dem Besitz des neuen Inhabers aufgelaufen seyen; und in Nro. 93 seqq. bezeichnet er als vermischte Klage diejenige, wodurch der Gült- und Zinsherr eine Renovation fordert, denn, sagt er, diese Klage ist in so weit eine dingliche, als das Recht der Rente in dem belasteten Gute selbst ruht, und eine persönliche, insofern als man gegen den Inhaber dahin anträgt, eum dare oportere.

Man vergleiche aber auch: *Pothier*, coutumes d'Orléans, introduction au Titre 19, N°. 101. *Merlin*, répertoire 3e edition s. v. »Rentes foncières« tom XI. pag. 89. §. I. Nr. 1. »La rente »*foncière ou réelle* se constitue directement et principalement sur le fonds, et n'est proprement *due* »*que par le fonds*; c'est-à-dire, qu'elle n'est due par le possesseur qu'à cause du fonds, *à la* »*différence de la rente constituée*: ce qui n'empêche pas, que celle-ci ne puisse être hypothéquée sur un fonds.«

39) Sirey, journal général des lois et des arrêts tom. I. partie 2e pag. 226 — 239.

40) Questions de droit administratif, par M.r de Cormenin. 3e éd.on Paris 1820. tom. II. pag. 564—588.

Wiewohl es unumgänglich nothwendig ist, sich mit dieser Gesetzgebung vertraut zu machen, um die besonderen Decrete und Verordnungen für die Länder auf dem linken Rheinufer in allen ihren Theilen zu verstehen und richtig anzuwenden, so darf man doch nur mit der größten Vorsicht dabei verfahren, denn alle hier einschlägigen Gesetze tragen mehr oder minder das Gepräge der Ereignisse, der Umstände und des Zeitgeistes an sich, unter welchen sie entstanden sind, und leiden hauptsächlich an dem Mangel einer consequenten, systematischen Durchführung gewisser Grundprincipien, die man bald begierig aufgriff, bald aber auch gleichgültig oder absichtlich wieder fallen ließ. Aber außerdem muß man sich wohl hüten, dieser Gesetzgebung eine unbedingte Wirkung in den ehemals deutschen, nun mit dem Vaterlande wieder vereinigten Gebietstheilen, zuzugestehen; denn obschon nicht zu verkennen ist, wie in neuerer Zeit der Hr. geh. Rath Mittermayer in seinem obenangeführten vortrefflichen Werke in vielen, und namentlich in der hier ventilirten Lehre dargethan hat, daß sich eine Menge altgermanischer Rechtsinstitute in Frankreich festgesetzt und ausgebildet haben, so ist es doch eben so gewiß, daß das Feudalsystem, die Reichsverfassung, die Landes- und Lehnabgaben und die Gutsverhältnisse bei unseren westlichen Nachbarn eine große Verschiedenheit in Gebräuchen, Gewohnheiten, Herkommen und Rechten, im Vergleich zu den unsrigen darbieten.

Wenn es in Frankreich politisch und vielleicht gerecht war, viele Gefälle und Lasten, die das Volk erdrückten, ohne Entschädigung aufzuheben, um dem sogenannten dritten Stande eine erträgliche Existenz zu bereiten, und ihn für seinen Heldenmuth und seine unsäglichen Opfer gleichsam zu entschädigen, so verhält es sich nicht so bei uns, wo das Lehenwesen niemals so tief gewurzelt, und der Unterschied der Stände nirgends eine so grausame Willkühr gegen den Unterthanen erzeugt hatte. »Vielmehr würde man »jetzt«, sagt der gelehrte Syndicus Stündeck 41) »just diejenigen Staatsbürger als

41) Historisch juristische Abhandlung über die Abschaffung der Lehnsverfassung in Frankreich. Nebst praktischer Anwendung derselben auf die im Ruhrdepartemente unter dem Namen Leibgewinns- und unter andern ähnlichen Namen bekannten Abgaben, von Andreas Stündeck. Nebst einem von der königl. preußischen Universität in Duisburg über diesen Gegenstand gegebenen Rechtsgutachten. Crefeld 1805.

Anmerkung. Diese Schrift, und das dabei abgedruckte Zeugniß der königl. preußischen Regierung zu Münster vom 26ten Februar 1805, nebst dem Rechtsgutachten der Universität Duisburg vom 27ten März 1805, haben das Gutachten des Staatsrathes vom 18ten August 1807, (Sirey l. c. tom. 8. 2. 190) und das kaiserliche Decret vom 24ten Juni 1808 über die Leib-

»die unglückliche Classe darstellen können, deren Rechte durch die neue Ordnung der »Dinge vernichtet worden, die durch den Verlust ihrer Zehnten, ihrer Privilegien »und Vorrechte, das unschuldige Opfer der Revolution geworden sind: wo hingegen »der Bauernstand diesen Verlust als einen unverdienten Zuwachs seines Vermögens »ansehen muß, den er weder seiner eigenen Industrie verdanken, noch als gerechte »Belohnung irgend einer Heldenthat in Anschlag bringen darf.«

Ohne dieser Ansicht gerade in ihrer ganzen Ausdehnung beipflichten zu wollen, dürfen wir sie wenigstens in so weit annehmen, als sie, gehörig belegt, den Ungrund und die Ungerechtigkeit der verweigerten Gült- und Zinspflicht von Seite des Bauernstandes auf dem linken Rheinufer darthut und bestätiget.

Der Staatsrath Bigot-Préameneu giebt im Eingange seines Berichtes 42) über das schon oft angeführte Vendémiaire-Decret eine succincte Analyse der bis zum Jahr XIII. der Republik (September 1804) in den vier neuen Departementen publicirten französischen Gesetze und Beschlüsse über das Rentwesen, erwähnt aber nicht, daß schon einige Zeit zuvor durch kaiserliches Decret vom 17ten Thermidor XII. (5ten August 1804) die drei ersten Titel des Gesetzes vom 29ten December 1790 über den Loskauf der Grundrenten, für die besagten Departemente ausdrücklich, und implicite auch das Gesetz vom 3ten Mai 1790, publicirt worden waren. 43)

Er gedenkt eben so wenig des Gesetzes über das Hypothekenwesen vom 11ten Brumaire VII, welches bereits im Jahre 1799 auf dem linken Rheinufer in Vollzug gekommen. 44)

Eine Vergessenheit oder gar eine Unkenntniß bei einem solchen Manne supponiren zu wollen, wäre zuviel gewagt. Man muß daher glauben, daß er absichtlich die Gesetze über den Loskauf und über das Hypothekenwesen ausgelassen und in der, von dem Cassationskläger vorgerückten, so oft besprochenen Mobilisation keinen Anstand für

---

gewinnsabgaben in den vier neuen Departementen (B. d. L. S. IV. 196. Nro. 3493) veranlaßt. Sie enthält eine lichtvolle, belehrende Zusammenstellung und Vergleichung der französischen und deutschen Rechte, in Betreff der auf ihrem Titel angedeuteten Gegenstände.

42) Anhang p. IV, bis VII. bis zum 2ten alin. inclus.

43) Dieses Decret ist mit den drei Titeln des genannten Gesetzes besonders gedruckt für die vier neuen Departemente.

44) Réglement vom 15ten Pluviose VII. (3ten Februar 1799) R. d. R. Cab. XVII. pag. 152. seqq.

die Verfolgung gegen die Zinspflichtigen (Redevables) [45] erblickt habe; um so mehr, da er selbst erklärt, daß das Decret durchaus keine legislative Maasregel und keine Aenderung an dem Eigenthumsrechte enthalten soll.

Um nicht in Wiederholungen zu verfallen, genügt es uns einstweilen mit dieser Andeutung, und wir behalten uns vor, bei der Widerlegung der einzelnen Cassationsmittel auf den Inhalt und die Wirkungen dieser verschiedenen Gesetze und Beschlüsse zurückzukommen.

Der Code Napoléon, dessen Art. 529 am 25ten Januar 1804, und Art. 530 am 21ten März 1804 publicirt worden sind, also geraume Zeit vor dem Vendémiaire-Decret, erwähnt der Renten nur in einigen Artikeln, und, so viel wir uns erinnern, gedenkt er ihrer mit dem Beiworte foncières nirgends.

Man widerspricht übrigens nicht, daß der Art. 529 auch die Rentes foncières unter die Meubles zähle; allein es erhellt aus der Discussion dieses Artikels, daß die Renten nur in ihrem Verhältnisse zum Berechtigten als Fahrniß (Meubles) erklärt, und dadurch keineswegs ihrer schon früher bestandenen Vorrechte und eigenen Natur beraubt worden sind. [46]

Der Art. 530 hingegen bezieht sich durchaus nicht auf diejenigen Renten und Gefälle, welche damals schon bestanden hatten, sey es, daß sie vor oder nach dem Gesetze vom 29ten December 1790 creirt worden wären. [47]

---

45) Der statt dem Worte *Débiteurs* gewählte Ausdruck Redevables ist wichtig. M. s. das Dictionnaire de l'académie s. v. *redevable:* »qui est réliquataire et débiteur après un compte rendu. Jl se dit »encore généralement de tout débiteur à quelque titre que ce puisse être. Ainsi en parlant des »poursuites à faire *contre les tenanciers d'une terre*, on dit, qu'il faut contraindre les *redevables.*«

46) *Conférence du code civil*, avec la discussion particulière du conseil d'État, par un juris-consulte qui a concouru à la confection du code. (M. *Favard de Langlade*, tribun, Conseiller à la cour de Cassation etc.) Paris chez Didot 1805, t. 3. p. 136.

47) Conférence etc. Ibidem p. 139 — 154. Die Discussion ist so absprechend hierüber, daß wir uns nicht enthalten können, einige Stellen daraus wörtlich mitzutheilen. «*Le Consul Cambacérès* dit «qu'il est une matière sur laquelle le code civil ne contient aucune disposition, et qu'il importe «cependant d'examiner, c'est celle des *rentes foncières*. On s'est divisé sur l'utilité qu'il pourrait «y avoir *à les permettre*: la question n'a pas été décidée; cependant le législateur ne doit point «la négliger. Le contrat de rente foncière convient à beaucoup de personnes, qui sont dans «l'impossibilité d'exploiter elles-mêmes leurs terres. Il n'est pas essentiellement féodal. Peut-«être y aurait-il de l'avantage *à le rétablir*. On examinera ensuite si ces sortes de rentes doivent «être déclarées rachetables etc. etc.

Eine Entscheidung des Finanzministers vom 7ten Frimaire 14. 48) beweist, in welchem Sinne die französische Regierung das Vendémiaire-Decret in Bezug auf die älteren Rechts-Verhältnisse genommen, und wie strenge sie darauf gehalten, daß allwege

---

«*Le citoyen Malleville* dit, qu'avant de se décider sur *l'admission ou le rejet* du contrat de bail «à rente foncière, il faut se bien fixer sur sa *nature* et sur *son objet*.

«Ce bail est un contrat etc.

«D'après ces données et cette expérience, il est difficile de concevoir quelque raison solide qui «puisse empêcher *de rétablir la faculté de donner des fonds à rente foncière etc.*

«Les citoyens *Tronchet*, *Pelet*, *Defermon*, *Berenger*, disent etc.

«*Le Consul Cambacérès* dit, que les raisons qu'on a données, ne sont pas suffisantes pour «*rejetter de la législation* le contrat de rentes foncières. On fait un code civil — — — il faut, «qu'il soit complet. Peut-on sous ce rapport, *en retrancher* le contrat de rentes foncières? etc. «On a parlé des rachats multipliés dont avait été suivie la loi du 18/29 Décembre 1790 qui auto- «risait à racheter les rentes foncières. — Le fait est incontestable, mais il n'est pas concluant. — «Pour juger la loi qu'on rappelle, et les résultats qu'elle a eus, il est nécessaire de remonter *à* «*l'esprit qui l'a dictée*. L'assemblée constituante avait à lutter contre la *classe des privilégiés*, «qui était en même tems celle des grands propriétaires; elle l'a attaquée en attaquant la pro- «priété d'où cette classe tirait sa force, et par ce même moyen elle s'est attachée le *tiers-état* «qu'elle voulait opposer aux privilégiés. Ce système a produit entre autres lois, celle qui permet «le rachat des rentes foncières.

«Une telle loi n'est pas fondée sur des principes de législation; elle est *toute politique*, *toute* «*de circonstance*, et l'effet en est tellement passé, que peut-être ceux qui s'en sont servi pour «racheter, donneraient aujourd'hui leurs propriétés à rente foncière, si la législation les y «autorisait.

«La question n'a donc pas été jugée en principe par l'assemblée constituante. Une loi de «circonstance sur les rentes foncières ne peut pas plus être considérée comme un préjugé, que «ne l'ont paru des lois de la même nature sur d'autres matières. C'est ainsi qu'on vient de «rétablir la faculté de tester, et plusieurs autres dispositions qui, *comme les rentes foncières* «*avaient été sacrifiées aux circonstances. etc.*

«Les citoyens *Malleville*, *Pelet*, *le premier Consul* disent etc.

«Le citoyen *Portalis* dit: — — — Mais quand on veut *organiser le système des rentes foncières*; «on tombe dans des embarras inextricables. Dans la suite même l'origine de la rente s'oublie, «et alors la redevance ne paraît plus qu'une servitude sans cause et qui devient insupportable. «Aujourd'hui où la plus grande partie du territoire français est livrée à la culture, où il reste «peu de défrichemens à faire, il n'est pas évident que le *rétablissement des rentes foncières* fût «un bien, quoiqu'il ne soit également pas certain qu'il fût un mal.

«Le Conseil rejette la proposition *de rétablir* les rentes foncières.»

48) Anhang p. XIII.

die Gewohnheiten und Statuten des Landes, und sonach auch die noch vorfindlichen alten Verträge beobachtet würden.

Man übergeht hier der Kürze halber, und als unerheblich für den vorliegenden Rechtsstreit, einige Gutachten des Staatsrathes, die nach dem Vendémiaire-Decret über die Rentenmaterie erfolgt sind.

Die gemeinschaftliche k. k. Oesterreichische und k. Baierische Landes-Administration erließ nun sowohl zum Vortheile des Fiscus, als wie auch derjenigen Privatpersonen, welche von dem Staate Zinsen angekauft haben, unterm 6ten April 1816 eine Renovationsordnung die ganz auf die Grundsätze des älteren Rechts und die Verfügungen des Vendémiaire-Decrets gebaut ist, und wo überall die unbedingte Zinspflicht gegen den Inhaber des belasteten Gutes deutlich ausgesprochen erscheint.

In dem Art. 12 dieser Verordnung sah jedoch die Gerechtigkeit der Großherzogl. Staatsregierung eine Verfügung, die sie mit den Grundsätzen der neuen Civilgesetzgebung über die Sicherheit des Eigenthums nicht vereinbar hielt. Daher erschien am 14ten Mai 1819 die im Anhange mitgetheilte Bekanntmachung, wodurch die Verbindlichkeit zur Leistung von Seite des Besitzers auf drei Fälle beschränkt wird.

Durch allerhöchste Großherzogl. Verordnung vom 30ten December 1822 wurde diese Bekanntmachung beibehalten, und jene Verordnung vom 6ten April 1816, mit Ausnahme des ersten Absatzes des Art. 12 neuerdings verkündigt. 49)

Dieß sind die uns bekannten gesetzlichen Bestimmungen, woraus wohl keine andere Abänderung an der rechtlichen Natur der Zinsen und Gülten und an den damit verbundenen Klagen und Gerechtsamen argumentirt werden mag, als daß ihre Ausübung an gewisse Bedingungen, durch die neuesten Verordnungen geknüpft worden ist, Bedingungen, welche alle vom Cassationsbeklagten erfüllt resp. nachgewiesen erscheinen.

49) Man vergleiche a) Anhang p. XIV., XV., b) Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt von 1823, Nro. 1. p. 1 — 11, c) über die Nothwendigkeit der Inscription aber: traité des hypothèques par *M. le Baron Grénier*, président de la cóur royale de Riom, ci-devant membre du tribunat etc. Clermont-Ferrand 1822. t. I. p. 337 — 343, u. p. 362, 364, 365; d) Archiv für das Civil- und Criminalrecht der königl. preußischen Rheinprovinzen. Cöln 1826. 8ter Band. 2te Abtheilung, p. 75 und allda: Juristisches Bedenken, die Frage betreffend: Ob zur Conservation eigentlicher Grundrenten deren Inscription in die Hypothekenregister nach der in den königl. preußischen Rheinprovinzen bestehenden Gesetzgebung erforderlich sey? (Von dem Apellationsrath J. C. H. Rive in Cöln.) Der Verfasser, vortheilhaft bekannt durch einige frühere Werke, verbreitet viel Licht über das Rentenwesen im Allgemeinen, indem er die verneinende Antwort auf vorstehende Frage zu begründen sucht.

3. Widerlegung der einzelnen Cassationsmittel.

Gestützt auf das Ansehen zwei erleuchteter Justiz-Collegien, welche die in den beiden vorhergehenden Abschnitten angedeuteten Rechtsbestimmungen zu seinen Gunsten ausgelegt und angewendet haben, könnte der Cassationsbeklagte nach den vorstehenden Erörterungen, getrost die Entscheidung seiner Sache der Weisheit Eines Hohen Cassationsgerichtshofes überlassen, wenn nicht durch das Admissions-Erkenntniß das angefochtene obergerichtliche Urtheil sich gleichsam im Anklagzustand befände. Pflicht und Schicklichkeit erheischen eben deswegen eine specielle Widerlegung der einzelnen Vorwürfe, und zwar um so mehr, weil die schwache Seite nicht bekannt ist, welche die vorläufige Kritik eines Hohen Gerichtshofes veranlaßte.

Beseitigung des ersten Cassationsmittels.

Verletzung der Ministerial-Bekanntmachung (nun Großherzogliche Verordnung) vom 14ten Mai 1819 (30ten December 1822); und üble Anwendung des Art. 2 Code Napoléon.

Der Cassationsbeklagte hat in seiner Vertheidigungsschrift vom 10. Januar 1827 folgende Sätze aufgestellt:

a) Das bürgerliche Gesetzbuch dürfe durchaus nicht zum Maasstabe in Rentensachen genommen werden, es sey hierauf nicht anwendbar.

b) Es bestehe für das Rentenwesen in den Gebietstheilen der ehemaligen vier neuen Departemente des linken Rheinufers eine Specialgesetzgebung, welche ausdrücklich die älteren Gewohnheiten und Statute beibehalten, und nur wenige Abänderungen eingeführt habe.

c) Eben deswegen müsse Cassationskläger nach der deutlichen Verfügung des Art. 2 Code Napoléon jede in der Specialgesetzgebung nicht ausdrücklich angegebene Abweichung von den älteren Gesetzen auf das strengste und triftigste nachweisen.

d) Die älteren Rechte in Verbindung mit den neuesten Verordnungen gestatteten die gegen Lawall angestellte Klage, und die Bedingungen seyen erfüllt, unter welchen sie jetzt zulässig seyn solle.

e) An dem Cassationskläger sey es gewesen, den Beweis zu erbringen, daß er sich in einem der ausgenommenen Fälle befinde, die ihn von Rechtswegen von der Leistung befreien würden.

f) Die Mobilisation der Rente habe ihre ursprüngliche Natur und Verhältnisse zu dem Rentpflichtigen nicht verändert.

Es wird nicht schwer fallen, die Richtigkeit dieser Sätze nachzuweisen, durch eine kurze Recapitulation dessen, was im mündlichen Vortrage bei den ersten Gerichten darüber ist entwickelt worden.

Durch Beschluß des Vollziehungs-Directoriums vom 14. Brumaire VI. (4. November 1797) wurde der General-Regierungs-Commissär in den eroberten Ländern zwischen Maas und Rhein, und Rhein und Mosel, beauftragt, die ihm geeignet scheinenden Gesetze, welche bis dorthin in den belgischen Departementen bereits publicirt waren, verkündigen und als Réglements vollziehen zu lassen; 50) und diese Réglements hatten Gesetzeskraft. 51)

Bald darauf erschien die Gerichtsordnung vom 4. Pluviose VI. (23. Januar 1798). 52)

In ihrem Artikel 14 heißt es: »jusqu'à ce qu'il en ait été autrement ordonné, »les lois non abrogées seront provisoirement exécutées.

Welche Gesetze und welche Beschlüsse in Betreff der Grundrenten nach und nach erlassen worden sind, ersieht man in dem oft angeführten Berichte des Staatsraths Bigot-Préameneu p. IV. bis VII. des Anhangs. Als Grund der Verfügungen über die erleichterte Beweisart für die Existenz und Natur der Renten, wird in den Beschlüssen vom Jahr IX. und X. (1801 und 1802) nur der Umstand angeführt, daß die öffentlichen Archive auf das rechte Rheinufer geflüchtet worden, und die Berechtigten daher außer Stand seyen, ihre Primordialurkunden vorzulegen; man verschweigt aber, daß das Gesetz vom 17ten Juli 1793, welches am 6. Germinal VI. (26ten März 1798) publicirt worden, in seinem Art. 6. das Verbrennen aller Urkunden und Register verordnet, worin aufgehobene Feudal-Rechte vorkommen, und daß wirklich bald darauf diese zerstörende Maasregel an vielen Orten, ohne gehörige Ausscheidung der Urkunden, in Vollzug gekommen.

Auch wird der Umstand nicht herausgehoben, daß die systematisch organisirte Plünderung und die Brandstiftungen am Ende 1793 und Anfangs 1794, so wie später die höchst leichtfertig und unordentlich vorgegangene Ausleerung der Archive von aufgehobenen Klöstern, Stiften und Aemtern, den Verlust einer unzähligen Menge Archivalien herbeigeführt hatten.

---

50) M. Simon ꝛc. Uebersicht der in den Rheinprovinzen geltenden Gesetze. Cöln 1824. p. 11 — 13.

51) *Merlin*, répert. s. v. quart-raisin, ibique arrêt de la cour de cass. d. 9 Floréal an XIII. tom. 10. p. 355. 3ᵉ. edᵒⁿ.

52) Recueil des Réglements. Cah. 1. p. 134.

Jene Beschlüsse des Regierungs-Commissärs würden indessen vielleicht nicht entstanden seyn, wenn nicht die seit 1799 eingetretene Consular-Regierung, in allen Theilen der Verwaltung und der Gesetzgebung, die überspannten revolutionnären Grundsätze zu verdrängen gesucht hätte.

In dem älteren Gebiete Frankreichs stellten sich ihr viele Schwierigkeiten entgegen. 53) Bis zum 1. Vendémiaire XI. (23. September 1802) aber hatte sie in den vier neuen Departementen freie Hand, denn erst von diesem Tage an wurde hier die Constitution in Activität gesetzt. 54)

Diese vorläufige Betrachtung führt uns auf den im Staatsrathe discutirten und angenommenen Gesetzesentwurf vom 16. Ventose Jahr VIII. und die am 27ten desselben Monats (7. und 18. März 1800) im Tribunat gepflogene Verhandlung 55) über die Wiederherstellung der Renten, zurück, worin man das System der Regierung deutlich entwickelt findet, welches zwar für die älteren Gebietstheile Frankreichs verworfen, von dem General-Regierungs-Commissär aber für die vier neuen Departemente angenommen und später durch den Kaiser selbst bestätigt wurde. Bei dem zweiten Cassationsmittel wird man tiefer in diese Verhandlung eingehen; hier genügt es mit dem Beweise, daß gleich Anfangs ganz verschiedene Grundsätze für die vier neuen Departemente befolgt worden sind, und daß folglich die französische Gesetzgebung im Allgemeinen für diese Materie durchaus nicht anwendbar ist.

Die Gesetze vom 11. Brumaire VII., das Hypothekenwesen und die Zwangsversteigerung betreffend, waren, wie schon oben erwähnt, bereits durch Réglement vom 15. Pluviose VII. (3. Februar 1799) 56) publicirt, und man darf nur einen Blick darauf werfen, um sich zu überzeugen, daß nach den Ansichten des Gegners damals schon keine directe persönliche Klage gegen den Inhaber eines gültpflichtigen Grundstückes hätte Statt finden können; 57) und dennoch sprechen die Beschlüsse vom 16.

---

53) Mémoires sur le consulat. Par un ancien conseiller d'Etat. Paris chez Ponthieu et Comp. 1826. p. 176.

54) Consularbeschluß vom 11. Messidor X. Bulletin des Réglements Nro. 94. p. 62.

55) *Sirey*, journal général. I. 2. 226.

56) Recueil des Réglements, Cah. 17. p. 152. seqq. in specie, Art. 14. Nro. 3.

57) Selbst im alten Frankreich war diese Ansicht damals nicht gesetzlich begründet. Der einzige Unterschied lag darin, daß der Berechtigte stets seine Primordial-Urkunde beibringen mußte; dann aber standen ihm alle früheren Rechtswege und Klagen offen. Der in den vier neuen Departementen nicht publicirte Titel V. des Gesetzes vom 18/29 Dezember 1790 sagt in seinem Art. 1: »La faculté du rachat accordée aux débiteurs des rentes foncières, ne dérogera en rien aux droits,

Fructidor IX. (3. September 1801.) 17. Pluviose X. (6. Februar 1802) und 18. Messidor X. (17. Juli 1802) überall von Censitaires, Redevables, Détenteurs, und stellen diese Worte den Ausdrücken Débiteurs de rente gleich.

In diesem Stande der Legislation erscheint nun das bürgerliche Gesetzbuch, und heiliget in seinem Art. 2. die alte Regel: la loi ne dispose que pour l'avenir, elle n'a point d'effet rétroactif.

In dem Entwurfe dieses Gesetzbuches (projet de code civil) war diesem Art. noch eine Verfügung über die Wirkung interpretativer Gesetze angehängt, allein auf die Bemerkung mehrerer Staatsräthe, daß man den Grundsatz nicht streng genug ausdrücken könne, wurde sie bei der definitiven Redaction weggelassen. [58]

In welchem Sinne der Art. 529 Code Napoléon zu verstehen sey, und daß der Art. 530 ibidem durchaus keinen Einfluß auf die ältern Renten habe, ist bereits aus der besten Quelle, Seite 35 oben, nachgewiesen worden.

---

privilèges et actions qui appartenaient ci-devant aux bailleurs de fonds, soit contre les preneurs personnellement, soit sur les fonds baillés à rente; en conséquence, les créanciers bailleurs de fonds continueront d'exercer les mêmes actions hypothécaires, personnelles ou mixtes, qui ont eu lieu jusqu'ici, et avec les mêmes privilèges qui leur étaient accordés par les lois, coutumes, statuts et jurisprudence, qui étaient précédemment en vigueur dans les différens lieux et pays du royaume.

Der Art. 3 ibidem erhält den Renten sogar ihre Immobiliar-Eigenschaft, und der Art. 1, Titre VI, gestattet das Recht der Verhypotheeirung selbst für die Folge. Die Immobiliar-Eigenschaft ist nun freilich durch das Civilgesetzbuch aufgehoben worden; aber das Brumaire-Gesetz, Art. 7, verfügt blos: Les rentes constituées, *les rentes foncières* et autres prestations que la loi a declarées rachetables, ne pourront plus *à l'avenir*, être frappées d'hypothèques.

Die Art. 42, 45, 47, 50, ertheilen die Vorschriften, wie es mit den **bereits constituirten** Hypotheken auf solche Renten gehalten werden soll.

Daß das Gesetz vom 18/29 Dezember 1790 in dem Sinne, wie es oben dargestellt worden, auch noch in neuerer Zeit von dem Cassations-Hofe in Paris ist angewendet worden, beweisen zwei arrêts, wovon die Notiz also lautet:

«Un bail à rente foncière renferme essentiellement un pacte commissoire; il n'emporte, de sa nature, aliénation de propriété, que sous la condition de payement; ainsi le créancier d'une rente créée pour concession de fonds peut demander le déguerpissement, faute de paiement des arrérages, encore qu'il n'ait pris aucune inscription, que l'immeuble ait été hypothéqué au profit d'un tiers, et que le débiteur de la rente ait eu la faculté de la racheter; (arrêt du 16 Juin 1811; Sirey 11, 1, 338; et 11. Octobre 1814; Sirey 15. 1, 147.)

58) Conférence du Code civil. tom. I. p. 22.

6

Freilich sind Merlin [59]) Toullier [60]) und Jourdan [61]) anderer Meinung; allein abgesehen davon, daß diese drei Rechtsgelehrten nicht gerade über alle Kritik erhaben sind, und ihre Meinung selbst in Frankreich heute noch, bei vollkommener Reinheit der allgemeinen Gesetzgebung, nicht unwiderlegbar dasteht, so entscheidet für uns die Bemerkung, daß das Vendémiaire-Decret als ein Special-Gesetz erscheint, stets als solches auch von dem Cassationsgerichtshofe in Paris betrachtet und behandelt wurde, [62]) daß die Verordnung vom 6ten April 1816 durchgängig nur den Inhaber der zinspflichtigen Güter als den schuldpflichtigen, persönlich verbundenen Censiten im Auge hat, und daß selbst die Ministerialbekanntmachung vom 14ten Mai 1819 hieran nichts verändert, als daß sie die Principien über das Rentenwesen in Einklang mit der Hypothecar-Gesetzgebung zu bringen sucht. Sie ist ihrem eigenen Ausdrucke nach nur erläuternd.

Indem diese Bekanntmachung verfügt: » daß der Besitzer eines mit einem ewigen » Erbpachte oder Rente belasteten Grundstücks zur Leistung derselben verbunden » sey, « hat sie eben dadurch die persönliche Verpflichtung desselben ausgesprochen, und zwar in den Fällen 1 und 3 unbedingt, in dem sub 2 erwähnten Falle aber unter der Bedingung, daß eine Inscription von Seite des Berechtigten binnen gesetzlicher Frist genommen sey. Der Grund dieser letzten Verfügung (ratio legis) ist leicht einzusehen: es soll nämlich der Erwerber eines Grundstückes nicht ausser

---

59) *Merlin.* Répertoire s. v. rente foncière §. II. Art. IV. V. Nro. 2. *Ibidem.* s. v. domicile élu, §. I. Nro. III. bis.

60) *Toullier*, droit civil français. Paris 1819. t. 3. p. 15 und 66.

61) *Jourdan.* Thémis, ou bibliothèque du jurisconsulte. Paris 1823. tom. 5. p. 321. seqq.

62) M. s. *Merlin.* Répertoire s. v. quart-raisin, ibique arrêt d. l. Cour. d. Cass. — Diese Ansicht bestätigt sich noch besonders durch den Umstand, daß die französische Jurisprudenz in Bezug auf solche ältere Gerechtsame überall variirt hat, wo es sich von der Anwendung der alten Rechte der neu einverleibten Gebietstheile handelte. Man darf nur *Merlin* und *Sirey* über die Renten, Matrimonialrechte ꝛc. nachsehen, und man wird sich bei jedem Schritte davon überzeugen. Sogar das Gouvernement befolgte nicht immer die nämlichen Grundsätze, wie aus den Decreten vom 12ten Dezember 1808 und 13ten Dezember 1811 für das Großherzogthum Berg, vom 9ten Dezember 1811 für die Hanse-Departemente, hervorgeht, der Decrete für die piemontesischen und römischen Departemente nicht zu gedenken. Man vergleiche Kindlingers Fragmente über den Bauernhof ꝛc. in Beziehung auf die im Großherzogthum Berg ergangenen kaiserlichen Verordnungen ꝛc. Dortmund 1812.

L. 80. D. de R. J. (50. 17.) In toto jure generi per speciem derogatur, et illud potissimum habetur, quod ad speciem directum est.

Stand gesetzt seyn, das Eigenthum in seiner Hand, mittelst Transcription, zu consolidiren. Der vorsichtige Erwerber zahlt nicht, ehe und bevor er transcribirt und sich versichert hat, daß keine privilegirten oder hypothekarischen Lasten eingeschrieben sind. Es soll ihm das Recht offen bleiben, durch Retention des Kaufpreises, die Gewähr zu realisiren, welche ihm der Art. 1626 Code Napoléon sichert; allein, daraus folgt noch nicht, daß bei fortwährender Wirksamkeit des Gült- und Zinsrechtes, der alte in L. 54. D. d. R. J. (50. 17.) aufgestellte Grundsatz: «nemo plus juris ad alium »transferre potest, quam ipse haberet,» welcher durch den Art. 2125 Code Napoléon und Art. 731. Code d. pr. civ. neuerdings sanctionnirt wurde; diesem Erwerber (Besitzer) gegenüber, aufgehoben sey. 63)

Der Cassationsbeklagte hat sein Rentenrecht inscribirt, die Inscription ist nicht angefochten. Der Gegner hat daher die gesetzliche Vermuthung der Rentpflicht gegen sich. Rauschert hat alle bis jetzt erforderlichen Beweise erbracht, folglich wäre es nun an Lawall, seine Liberation darzuthun. Art. 1315 Code Napoléon.

Beseitigung des zweiten Cassationsmittels.

Verletzung des Art. 4. des Gesetzes (kaiserlichen Decrets) vom 9. Vendémiaire XIII.

Der Cassationsbeklagte hat sich in seiner Vertheidigungsschrift rücksichtlich dieses zweiten Mittels darauf beschränkt, die erstrichterlichen Motive und die darin angezogenen Gesetzesstellen als Rechtfertigungsgründe anzurufen.

Versuchen wir, auf geschichtlichem Wege der Sache näher zu treten, und dadurch zu zeigen, was der Gesetzgeber unter dem Ausdrucke possession in dem angeführten Art. 4 verstanden hat.

Aus dem Berichte des Tribuns Duchesne erfährt man, daß schon im Jahre V. (1796/1797) das Directorium sich bemühte, die Beschlüsse des National-Conventes (la Convention dominée par une faction désorganisatrice) wodurch der Staat 15 bis 20 Millionen jährlicher Einkünfte von wirklichen (allodialen) Grundgefällen einbüßte, und eine Menge Berechtigter (propriétaires), deren Urkunden und Besitz

63) Man vergleiche Locré esprit du Code de procédure civile. Paris 1816. Tom. 3. p. 235. seqq.

gleich günstig sprachen, gänzlich ruinirt wurden, zu mildern und in die Schranken der Gerechtigkeit zurückzuführen. 64)

Es wurde aber sofort erkannt, daß eine Modification jener revolutionnären Gesetze, wenn sie nur die allodiale Eigenschaft und Forderbarkeit der Renten näher bestimmen sollte, weder dem Staate, noch den Privatberechtigten einen erklecklichen Vortheil bringen würde; weil die Nothwendigkeit der Production einer Primordial-Urkunde bestehen bliebe, die in den meisten Fällen wegen der vorangegangenen zerstörenden Umständen und Maasregeln, nicht mehr möglich wäre. Darum hatte das Gouvernement in dem Gesetzentwurfe Art. 3 vorgeschlagen:

« Le propriétaire de la rente foncière est autorisé, à en prouver l'existence, » soit par le *titre constitutif*, soit par *deux reconnaissances* conformes et *non* » *contredites par des actes contraires;* soit enfin par des *actes possessoires*, » établissant à son profit la prescription, au moment où le débiteur en a *refusé* » *le payement.*

» Si les titres et actes possessoires ont péri par l'effet de la violence ou de » toute autre force majeure, il pourra être suppléé par les preuves et documens » *tirés des registres et actes publics*, et les preuves pourront être *complètées*, » s'il en est besoin, par la preuve vocale. «

Halten wir nun mit diesem Vorschlage der Regierung die betreffenden Stellen aus den Beschlüssen des Regierungs-Commissärs zusammen, nämlich:

a) Beschluß vom 29. Nivôse IX (19. Jänner 1801) 65)

Qu'il est notoire que, pendant la durée de la guerre actuelle, les ci-devant souverains de la rive gauche du Rhin et leurs magistrats ont fait transporter dans les pays de la rive droite tous les titres domaniaux et archives publics, en sorte que la plupart des propriétés et des droits les plus légitimes n'ont plus d'appui que dans *la possession ou la prescription;*

b) Beschluß vom $\frac{\text{21. Messidor}}{\text{16. Fructidor}}$ X $\left(\frac{\text{10. Juli}}{\text{3. September}}\right.$ 1801$\left.\right)$ 66)

Pour que la loi du 25 Août 1792, qui a été publiée dans les quatre nouveaux Départements, puisse y recevoir son exécution en ce qui concerne la représen-

64) Sirey, journal général 1. 2. 226.
65) Bulletin des Règlements Nro. 40. p. 20.
66) Ibidem Nro. 61. p. 58.

tation à faire des titres originaux qui constatent la nature des rentes assises sur des biens fonds, il faudrait, que les parties *qui sont en possession* de ces rentes fussent constituées dans la possibilité de les produire. Il est notoire que, tant que la guerre a duré, cette possibilité n'existait pas, et qu'il eût par conséquent été de toute injustice, de ne pas ordonner la continuation du payement de ces rentes, tant qu'il ne serait prouvé par les parties qui s'y refusent, qu'elles sont de nature féodale.

c) Beschluß vom 17. Pluviose X (6. Februar 1802.) 67)

Considérant que le *Commissaire Général du Gouvernement*, en ordonnant le payement provisoire desdites rentes, n'a pas eû en vue de priver les habitans des quatre nouveaux Départements du bénéfice de la loi du 25 Août 1792, mais seulement d'en suspendre l'exécution jusqu'au moment où les gouvernemens respectifs des deux rives auront completté les mésures provoquées par le traité de paix de Luneville, par l'extradition réciproque de tous les titres, pièces et documens intéressant les droits de propriété;

Considérant que si, pendant cet intervalle, il est juste de maintenir les propriétaires *des rentes contestées dans la possession de ces mêmes rentes;* il n'est pas moins conforme aux principes d'équité, de soustraire provisoirement les débiteurs à l'obligation du payement des arrérages échus antérieurement à l'an 9, dont, à raison de la publication de la loi du 25 Août 1792, ils s'étaient crus entièrement et définitivement déchargés,

ARRÊTÉ

ART. I. Il sera provisoirement sursis ——— au payement de tous arrérages (des rentes foncières etc.) échus antérieurement à l'an IX. ———

ART. III. Il n'est point dérogé par le présent aux dispositions du susdit arrêté du 16 Fructidor dernièr, en ce qui concerne les rentes de l'an 9 et années subséquentes. — — —

d) Beschluß vom 18. Messidor X. (7. Juli 1802.) 68)

Considérant que le *sursis* accordé par l'arrêté du 17 Pluviose an 10, n'est fondé que sur l'impossibilité dans laquelle les parties sons présumées se trouver,

67) Bulletin des Règlements Nro. 77. p. 26.

68) Ibidem Nro. 92. p. 64.

de *produire*, quant à présent, aux termes de l'article 5. du décret du 25 Août 1792 précité *les titres primordiaux et constitutifs* des rentes par elles prétendues purement foncières; et qu'ainsi les dispositions du susdit arrêté, en ce qu'elles déclarent ces rentes provisoirement exigibles à compter de l'an 9, seraient rendues illusoires, si le *possesseur* actuel pouvait être tenu à ce genre de preuve pour *se faire maintenir dans sa possession;* — — —

Aus diesen Stellen geht unwidersprechlich hervor, daß der General-Regierungs-Commissär ganz im Sinn und Geiste der Consular-Regierung verfuhr, indem er bei gleichen Verhältnissen und Umständen, — hier zu Land freilich mehr durch die Verheerungen des Kriegs, als durch revolutionnäre Gräuel erzeugt, — gleiche gemeinrechtliche Grundsätze befolgte. Es bedarf keiner Erörterung, daß hiernach der Besitz der Rente in den Händen des Berechtigten, gleichviel, ob er durch Titel, oder durch *Facta* der Ausübung bewiesen wurde, zur *Legitimatio activa* hinreichen sollte, wenn die Rente an und für sich auf irgend eine Art urkundlich belegt erschiene.

Die früher verkündigten revolutionnären Gesetze sollten den Berechtigten in seinem Besitze nicht stören, und nur dann sollte die Beitreibung der Gefälle suspendirt bleiben, bis zur Vorlage der Primordial-Urkunde, wenn schon vor Eintritt der französischen Truppen (Michaeli 1792) eine Contradiction von Seite des Schuldpflichtigen Statt gefunden, oder das Factum des Besitzes als Legitimatio activa ad causam, damals schon und auch seitdem gemangelt hätte. Dieser unzweideutige Sinn des Wortes Possession im vorliegenden Falle, rechtfertigt die angefochtenen, erstrichterlichen Entscheidungen. Aber auch die Theorie über Erwerb, Fortsetzung und Verlust des Besitzes, wie sie bei den älteren französischen Rechtslehrern vorkommt, und welche aus handgreiflichen Gründen vorzugsweise berücksichtigt werden müssen, bewährt diese Auslegung. Jene Theorie weicht nun freilich von dem römischen Rechte ab, weil man in Frankreich die römischen Interdicte nicht als Gesetze, sondern nur als Leitfaden befolgte.

Die Begriffe von *saisine*, *dessaisine*, *complainte* und *reïntegrande*, sind, nach dem Zeugnisse des Präsidenten *Henrion de Pansey*, 69) eigentlich germanischen

69) *Henrion de Pansey*, Conseiller d'Etat, président à la Cour de Cassation. Traité de la compétence des juges de paix, Paris 1816. Chap. 32. Chap. 54.

«On tient généralement que nous avons emprunté des Romains la complainte possessoire. Cette «opinion, quoique la seule reçue et depuis long-tems, pourroit cependant bien être fausse. On

Ursprungs, und es würde sehr interessant und nützlich seyn, eine Untersuchung über die Ausbildung der germanischen Grundsätze dieses Rechtsinstitutes in Frankreich anzustellen, wenn dies nicht ausser den Grenzen dieser Uebersicht läge.

Hören wir nun die vorzüglichsten Schriftsteller in den betreffenden Stellen, und zwar:

a) *Pothier.* Traité de la possesion. N.° 38.

(Man vergleiche auch Nr. 54 seqq., 73 seqq. ibid.)

» Les choses incorporelles, c'est-à-dire, celles, *quae in jure consistunt*, ne » sont pas susceptibles à la vérité d'une *possession véritable* et proprement dite; » mais elles sont susceptibles d'une *quasi-possession*: *jura non possidentur*, » *sed quasi-possidentur.* Cette *quasi-possession* d'un droit consiste dans la » jouissance qu'en a celui à qui il appartient. Par exemple, je suis censé avoir » la quasi-possession d'un droit de dixme ou *d'un droit de champart*, par la » perception que je fais de la dixme ou du champart.

» Je suis censé avoir la quasi-possession d'un droit de fief, d'un droit de » censive, d'une *rente*, soit *foncière*, soit constituée, par les aveux qui m'en » sont portés, *par les reconnaissances qui me sont passées*, par le payement » qui m'est fait, soit des cens, soit des arrérages de rente. 70)

b) *Henrion de Pansey.* l. c. p. 408.

» Mais de quel jour fera-t-on courir l'année pour intenter la complainte? » Sera-ce de celui auquel la rente est échue? Non, sans doute. Ce seroit » priver de cette action le créancier qui, par humanité, auroit bien voulu » suspendre ses poursuites, et donner un délai à son débiteur. L'opinion la » plus raisonnable nous paraît être celle qui ne fait courir l'année du trouble,

---

« sait, en effet, que les codes des nations, qui ont conquis la Gaule, ne sont autre chose que » le recueil des usages qu'elles suivaient au-delà du Rhin, et l'on trouve dans la loi salique un » titre entier qui règle les délais, la forme et les effets de la complainte.

« Rien sans doute de plus indifférent dans *la pratique*, que de connoitre *l'origine* de cette action. « Néanmoins il nous arive si rarement de marcher dans la carrière des lois sans le secours des « Romains, que, lorsque nous avons cet avantage, il est en quelque sorte de l'honneur national « d'en faire l'observation. D'ailleurs, pourquoi désespéreroit-on de voir renaitre ces temps « *où les jurisconsultes étaient dans l'usage, sur toutes les questions, de remonter aux sources?* p. 357.

70) Conf. *Pothier* Coutumes d'Orleans, introduction au titre 22. Sect. 1. §. 4. Sect. 2.

»*que le jour où le débiteur*, sommé de payer, *a déclaré qu'il se refusoit au* »*payement de la rente.*«

» C'est la décision *d'Imbert:* »» Quant aux complaintes formées pour rentes »» et prestations annuelles, l'an et jour *ne courre du temps de la cessation de* »» *payement, mais du temps de la sommation et dénégation de payement;* car »» la dénégation fait trouble, quand le devoir annuel est quérable.««

» *Coquille* ajoute: »» Celui auquel le devoir annuel a été payé demeure en »» possession et saisine contre celui qui a payé, jusqu'à ce qu'il y ait contra- »» diction; encore que le détenteur ait cessé par long-tems au-dessous de »» trente-ans. *Joannes Faber* dit que la seule cessation de payement ne cause »» pas trouble de possession, dont s'ensuit, que le seigneur conserve et retient »» la possession *animo tant qu'elle ne lui est pas contredite. Institutes du droit* »» français, chap. de la saisine.««

Das römische Recht steht aber auch nicht entgegen, namentlich ist von Savigny's Lehre nicht abweichend, wie dies Thibaut 71) ausführt, und in seinen Dictaten folgendermaßen interpretirt:

L. 8. *D. de acquir. vel amitt. possess.* (41. 2.)

«Quemadmodum nulla possessio adquiri, nisi animo et corpore potest: «ita nulla amittitur, nisi in qua *utrumque in contrarium actum est.*»

L. 153. *D. d. R. J.* (50. 17.)

«Fere, quibuscunque modis obligamur, iisdem in contrarium actis libe- «ramur: cum quibus modis adquirimus, iisdem in contrarium actis amitti- «mus. Ut igitur nulla possessio adquiri nisi animo et corpore potest, ita «nulla amittitur *nisi in qua utrumque in contrarium actum.*»

«Diese beiden Fragmente scheinen, den Worten nach, dem Satze: Der Besitz «ist verloren, sobald entweder die körperliche Berührung, oder «die Absicht zu detiniren aufhört, zu widersprechen, und grade das Umge- «kehrte zu sagen, nämlich: daß der Besitz nur dann verloren werde, wenn «vereint das factum corporis *et* animi aufhöre. Allein alles läßt sich hier «leicht durch folgende Ideen aufklären. Nach L. 35 de R. J. (50. 17.) haben «die Römer den Grundsatz: wenn Verhältnisse durch ein Factum entstanden sind,

71) Pand. Syst. §. 305. Nota m.

«so erlöschen sie nicht durch bloßes Aufhören dieses Factums, sondern erst durch «Eintritt eines neuen positiven facti contrarii. So erlischt z. B. ein Vertrag «oder Testament nicht durch Aufhören des Contrahirens oder Testirens, sondern «nur durch neue conträre *Pacta* oder Testamente. Eben so auch bei dem «Besitz. Dieser erlischt nur nach den Worten des Textes und §. 306, gleichfalls «nicht durch Aufhören des facti corporis et animi, sondern nur durch neue «conträre Facta. Dies ist es nun, was obige Gesetze sagen, wenn man nur «auf die Worte *in contrarium actum* das Gewicht legt, und dabei aus L. 16 «d. legat II. (32) L. 10. §. 13. d. gradib. (38. 10.) L. 8. §. 5. C. d. bon. «quae liber. (6. 61.) weiß, daß das römische Wort *utrumque*, gerade wie unser «beides oder jedes, sehr oft eben so viel bezeichnet, als eins von beiden. «Zachariae, universal. quaed. d. possess. p. 23.»

Auf diese Weise glaubt der Cassationsbeklagte hinreichend gezeigt zu haben, daß die beiden erstrichterlichen Entscheidungen von ganz richtigen Grundsätzen ausgegangen sind, indem sie die Renovation vom Jahr 1763, an und für sich schon, als einen *acte possessoire* gelten ließen. Zugleich begründet dieselbe aber auch die *legitimatio activa* in dem oben entwickelten Sinne; denn die öffentlichen Anstalten und Stifte, das heißt die Autoren der französischen Tilgungs-Casse, sind als Gült- und Zinsherren darin genannt. Diese Renovation und das Lagerbuch sind, wie später noch näher erörtert werden soll, authentische Urkunden, liefern daher vollständigen Beweis für alles dasjenige, was sie enthalten, und dürfen weder zum Nutzen noch Schaden des Berechtigten zerstückelt oder getheilt werden. Art. 1319. 1320. C. N. 72)

Kaum verdient es noch eine Erörterung, daß von einer Extinctiv-Verjährung gar nicht die Rede seyn könne. Wenn man auch, gegen die bessere Ansicht, zugeben wollte, daß durch das bloße Aufhören der Leistung, ohne vorgängigen Widerspruch von Seite des Gültpflichtigen, die Präscription hätte beginnen können, und daß die Rechte des Staats und der Kirche einer 30jährigen Verjährung unterworfen seyen, was nicht der Fall ist; so zeigt eine leichte Rechnung, daß von 1763 bis 1792, als der Epoche des Eintritts der französischen Truppen, erst eine Zeit von 29 Jahren abgelaufen war. Das spätere Unterbleiben der *Perception*, als species der *actes possessoires*, kann gar nicht in Anschlag

72) *Pothier*, traité des obligations Nro. 735 — 740.

kommen, weil die intermediäre Gesetzgebung, aus sehr triftigen Gründen, die Berechtigten in ihrem Besitze erhielt. 73)

Beseitigung des dritten und theilweise auch noch des zweiten Cassationsmittels.

Verletzung des Art. 1317 Code Napoléon, und üble Anwendung des Art. 4 des Gesetzes vom 9. Vendémiaire XIII.

Nicht ohne Scheu giebt der Anwalt des Cassationsbeklagten einen kurzen Ueberblick dessen, was er zur Beseitigung der vom Gegner hier erhobenen Einreden am Obergerichtshofe vorgetragen hat. Denn man muß wirklich zu den Elementarbegriffen des Rechts herabsteigen, um den Streitpunkt zu treffen.

Oeffentliche oder authentische Urkunden sind solche, welche das Zeugniß einer öffentlichen Person enthalten, und sie geben, wenn sie in der gehörigen Form abgefaßt sind, einen vollen Beweis des bezeugten Thatbestands. Zu diesen öffentlichen Urkunden zählen alle deutschen Rechtslehrer: gerichtliche Protokolle, Instrumente und Protokolle der Notarien, öffentliche Steuer- und Lagerbücher 2c. 74)

In dem ersten Abschnitte p. 29 bis 31 oben ist aber bewiesen worden, daß nach kurpfälzischen Rechten und Verordnungen, die Ortsgerichte die specielle Attribution hatten, dergleichen Urkunden zu errichten, und der Art. 4 des Vendémiaire-Decrets kann doch wohl unter den Worten titres récognitifs ou déclaratoires und livres terriers nichts anderes verstanden haben, als gerade solche alte Renovationen und Lagerbücher! Der den Akten beigefügte Auszug aus dem Lagerbuche enthält aber sogar die Nahrungszettel der Heimersheimer Einwohner, worin jeder einzelne Begüterte selbst erklärt, was er besitze, was und an wen er davon zu leisten schuldig sey.

Und dies sollten keine *titres déclaratoires* sein? — An dem Cassationskläger wäre es daher gewesen, die Mängel und Gebrechen dieser Urkunden zu rügen, und

---

73) Thibaut. a. a. O. §. 1033, 1034, Nota h.
Gesetz vom 1ten Dezember 1790, Art. 36, publicirt für die 4 neuen Departemente durch Consularbeschluß vom 4. Frimaire XI. (25. November 1802.) Nur für diese Departemente gedruckt.

74) Thibaut, a. a. O. §. 1175. 1179.

mit dem Gesetze in der Hand, sich Gehör zu verschaffen; [75] um so mehr, da der Beschluß des Regierungskommissärs der 4 neuen Departemente vom 7. Fructidor VII. (24. August 1799.) [76] in seinem Art. 3 folgende Verfügung enthält:

«Sont reputés *authentiques* les actes ci-dessous désignés; savoir: — —
«4°) Ceux faits par les bourguemestres, prévôts et autres magistrats, ainsi «que ceux faits par les tabellions et fonctionnaires ayant droit de conserver «les conventions des parties.»

«5°) Ceux des greffiers de toutes les autorités qui délivraient des extraits «de leurs protocoles. — — 13°) Les actes qui auraient été passés sur la «rive droite du Rhin, soit par l'administration de Heydelberg, soit par les «princes, seigneurs, corporations ou fonctionnaires publics ayant jurisdiction «sur les deux rives, s'ils sont rélatifs à des biens situés sur la rive gauche, »si l'un des contractans était alors domicilié sur la rive droite, et s'ils sont «d'une date antérieure au 12. Nivose an VI, (1. Janvier 1798) époque où, «par l'entrée des français à Mayence, les deux rives ont cessé de faire un «seul et même pays.»

Und nun halte man die Art. 1317 u. 1319 C. N. mit diesen Bestimmungen zusammen, und frage sich, ob eine Gesetzesverletzung statt gefunden, indem der Obergerichtshof, einverstanden mit dem Richter erster Instanz, dem Heimersheimer Lagerbuche und der dabei befindlichen Renovation volle Beweiskraft beigelegt hat?

Der Cassationskläger bestreitet eben so die Glaubwürdigkeit des beigebrachten Auszuges als solchen. Dieser Auszug wurde zwar von einem Notar gefertigt, zu gleicher Zeit aber auch von dem Bürgermeister certificirt; und da dieser Beamte gesetzlicher Depositar der Urschriften ist, wovon unmittelbar die Copie genommen worden, so verdient der Auszug den nämlichen Glauben, wie die Originalien. Gleichwohl stand es dem Cassationskläger frei, die Vorlage und Einsicht der letzteren zu verlangen, was ihm heute noch nicht versagt werden mag. Art. 1334, 1335 C. N.

Am unglimpflichsten behandelt der Cassationskläger die Auszüge aus den Rentamtsregistern, (Extraits des Sommiers de recette).

75) An vitium visibile ostendant, aut forma a lege praescripta, vel requisitis ex indo'e negotii, de quo concepta sunt, careant.

76) Recueil des Réglements. Cah. 21. p. 204 — 208.

Schon nach römischem Rechte hatten dergleichen Register öffentlichen Glauben.

L. 9. §. 2. *D. de edendo.* (2, 13.)

Nummularios quoque non esse iniquum cogi rationes edere, Pomponius scribit: quia et hi nummularii, sicut argentarii, rationes conficiunt; quia et accipiunt pecuniam, et erogant per partes, quarum probatio scriptura codicibusque eorum maxime continetur: et frequentissime ad fidem eorum decurritur.

L. 10. *pr.* §. 1, 2. *D. eod.*

Argentarios rationes edere jubetur: nec interest, cum ipso argentario controversia sit, an cum alio.

§. 1. Ideo autem argentarios tantum, neque alios ullos absimiles (eis) edere rationes cogit: quia *officium* eorum, atque *ministerium publicam habeat causam*: et haec *principalis eorum opera est*, ut actus sui rationes diligenter conficiant.

§. 2. Edi autem ratio ita intelligitur, si a capite edatur (nam ratio, ni inspiciatur, intelligi non potest) scilicet ut non totum cuique codicem rationum, totasque membranas inspiciendi describendique potestas fiat; sed ut ea sola pars rationum, quae ad instruendum aliquem pertineat, inspiciatur ac describatur.

Das Vendémiaire-Decret Art. 4, und der Messidor-Beschluß Art. 1 77) begreifen unter den Worten compte, quittance, registre de collecte, sicher nichts anderes, als solche öffentliche Einnahmsregister, denen sie nach obigen gemeinrechtlichen Principien die geeignete Beweiskraft beilegen. Nirgends, als in solchen öffentlichen Registern, kann man dergleichen Quittungen- und Rechnungen suchen; man müßte denn, — freilich sonderbar genug! — behaupten wollen, daß der Censit, gegen den Grundsatz: nemo tenetur edere contra se, zur Vorlage seiner Quittungen und Rechnungen angehalten werden dürfte.

Die französischen Receveurs, wie die heutigen Großherzogl. Rentmeister, waren öffentlich angestellte, gerichtlich beeidigte Beamten. Sie wurden als Falsarien bestraft, wenn sie auf ihren Registern etwas änderten, oder eine Unwahrheit darauf constatirten. Art. 145, 146 Code pénal.

---

77) Anhang p. II.

Die ganze Organisation der Domänen-Verwaltung in Frankreich beruht auf einem streng durchgeführten Systeme beständiger Controlle durch die Verificatoren, Inspectoren und Directoren, wie es für ein so ausgedehntes Reich unumgänglich nothwendig war, und wie es sich nach und nach, durch mehrere Jahrhunderte hindurch, ausgebildet hatte.

Merlin in seinem Répertoire s. v. Commis de domaine, Commission de la comptabilité nationale, comptable, compte des deniers publics etc.; vorzüglich aber

Desormeaux in seinem Dictionnaire raisonné de manutention des employés de l'enregistrement et du domaine de l'Etat, Guéret 1817. s. v. Compte, Compulsoire, Extrait, Receveur, Registre, Sommier, Tournée, sodann

Roland et *Trouillet* in ihrem Dictionnaire général des droits d'enregistrement etc., domaines etc., manutention. Paris 1823; unter den nämlichen Worten, geben eine vollständige Darstellung des ganzen Mechanismus dieser Verwaltung. Wir heben nur folgende, gesetzlich sanctionnirten Bestimmungen heraus:

a) daß alle Register der Receveurs theils von administrativen, theils von gerichtlichen Beamten cotirt und paraphirt, die Einnahms- und Ausgabs-Register (Sommiers de recette, et de dépense) aber insbesondere, mit dieser Förmlichkeit durch den Friedensrichter versehen seyn mußten;

b) daß sie alle Einnahmen und Ausgaben augenblicklich einzutragen und in die verschiedenen Register zu verbuchen verpflichtet waren, und zwar ohne Randschriften, Zwischenzeilen und sonstige dergleichen Correcturen;

c) daß sie jeden Abend, bei schwerer Ahndung, alle ihre laufenden Register, namentlich aber die Einnahmsregister, abzuschließen und zu unterzeichnen verpflichtet waren.

Bey einer solchen Ordnung, die einer beständigen, theils periodischen, theils unvorhergesehenen Controlle unterlag, will man nun, um die Beweiskraft jener Sommiers zu schwächen, die Versuchung: « mittelst einer fingirten Quittung eine Rente » zu constatiren, « als etwas L e i c h t e s vorspiegeln, ohne zu bedenken, daß man den Beamten hiedurch eines Verbrechens bezüchtiget.

Die Sommiers begründen also wohl, nach den Worten und dem Geiste der Specialgesetzgebung über diese Materie, einen v o l l e n B e w e i s, und nicht blos, wie der Gegner behauptet, eine u n h a l t b a r e V e r m u t h u n g.

Aber wenn die Sommiers auch nur eine Vermuthung begründeten, so konnten die beiden ersten Richter sie ebenwohl, ohne Gesetzverletzung, als Beweise gelten lassen; denn nach dem Art. 1353 C. N. sind die Vermuthungen (praesumtiones hominis et de homine) überall zulässig, wo das Gesetz den Zeugenbeweis gestattet. In dem vorliegenden Rechtsstreite handelt es sich von einem, unter der alten Gesetzgebung entstandenen Rechtsverhältnisse, in Bezug auf welches, auch unter der neueren Gesetzgebung, der Zeugenbeweis nicht ausgeschlossen ist. Der Beschluß des General-Regierungs-Commissärs für die vier neuen Departemente vom 1. Prairial VIII. (21. Mai 1800) enthält darüber deutliche Bestimmungen [78] und wir können daher die Frage als müßig betrachten, ob nicht auch unter der neuen Gesetzgebung (Art. 1347, 1348, C. N.) ausnahmsweise durch Zeugen die bestrittene Thatsache der Zahlung dargethan werden dürfte.

Die Behauptung des Gegners, daß der Ausdruck depuis cette époque im Art. 4 des Decrets nur den Zeitraum zwischen dem Eintritt der französischen Truppen und dem Vendémiaire-Decret bezeichne, ist schon von dem Kreisgerichte (siehe pag. 18 litt. d. oben) gebührend gewürdiget und abgefertiget worden.

78) Bulletin des Règlements, N.° 19. p. 22. — *Merlin*, Répertoire s. v. Preuve, II. §. 3. art. 1.

Mainz, im Mai 1827.

F. Weiß,
Advocat-Anwalt bei den Großherzogl. Gerichten
für die Provinz Rheinhessen.

DÉCRET IMPÉRIAL

relatif aux Redevances foncières et féodales dans les quatre Départemens de la Rive gauche du Rhin.

Au palais impérial de Mayence, le 9 *Vendémiaire an* 13.
(1 *Octobre* 1804.)

NAPOLÉON, Empereur des Français, Décrète ce qui suit:

ART. I. Sont présumées purement foncières, conformément aux statuts et usages des pays composant les quatre Départemens de la Rive gauche du Rhin, les redevances ci-après énoncées; savoir:

1.° Les redevances connues sous le nom de *Erbleihen*, *Erblehen*, *Erbverlegung*, *Erbbestand*, *Erbpfacht*, *Erbzins*;

2.° Les droits de *Laudemium*, *Handlohn* et *Ehrschatz* y rélatifs;

3.° Les Medum ou portions de récoltes de terres à complants; les *Theiltrauben*, *Theilwein*, ou part-raisins ou part-fruits à complants;

4.° Les *Grundpfacht*, les *Grundzins* ou *Bodenzins*, c'est-à-dire les cens assis sur des biens-fonds, pourvu qu'ils ne le soient pas sur la généralité des biens-fonds dépendans, dans une même commune, du même Seigneur: il en est de même des rentes connues sous le nom générique de *Zins* et *Gült*, assises sur des biens-fonds;

5.° Les *Grundpfacht*, *Grundzins* ou *Bodenzins* appartenant à des individus ou à des corporations non Seigneurs dans la commune où la rente est due;

6.° Les redevances dues pour le cours d'eau (*Wasserlaufgebühren*) à raison d'établissemens formés sur une rivière flottable ou navigable.

ART. II. Toutes les anciennes redevances, prestations et droits autres que ceux énoncés ci-dessus, sont, suivant, les mêmes statuts et usages du pays, présumés féodaux et comme tels abolis.

ART. III. Nonobstant la présomption mentionnée dans l'art. 1, le redevable sera admis à prouver que la redevance est féodale, comme aussi, nonobstant la présomption mentionnée en l'art. 2, le propriétaire de la redevance sera admis à prouver qu'elle est foncière.

Art. IV. Les propriétaires des redevances mentionnées en l'art. I et qui en étaient en possession lors de l'entrée des troupes françaises dans les quatre Départemens ou depuis cette époque, ne pourront être assujettis à aucune autre preuve qu'à celle prescrite par l'art. 1 du Réglement du 18 Messidor an 10, 1) et qui consiste à produire un titre recognitif ou déclaratoire, tel que livre terrier, livre de collecte, (*Schoeffenweisthum*) contrat de vente, bail, contrat de mariage, inventaire, ou partage de succession, compte etc.

Art. V. Sera considéré comme preuve de l'abolition d'une redevance pour cause de mélange de féodalité,

1.° Le titre constitutif, par lequel le même immeuble se trouve grevé, au profit du même Seigneur, de redevances reconnues foncières et de redevances reconnues féodales;

2.° Le titre récognitif, lorsque les redevances foncières et féodales dues par le même individû au même Seigneur y sont portées par une seule et même disposition, sauf, en ce cas, la preuve qu'originairement le mélange n'a pas eu lieu.

Art. VI. Ne sera point admissible comme preuve de mélange de féodalité, un titre recognitif, dans lequel les redevances foncières et les redevances féodales se trouveront énoncées distinctement et séparément, sans qu'il y ait de liaison entre l'une et l'autre énonciation.

---

1) Art. I. » De l'Arrêté du Commissaire général du Gouvernement dans les nouveaux »départemens de la rive gauche du Rhin dn 18 Messidor an 10. «

»Les propriétaires de rentes purement foncières, (c'est-à-dire, assises sur des »biens-fonds) qui en étaient en possession lors de l'entrée des troupes françaises »dans les quatre départemens ou depuis cette époque et qui, par suite des dis- »positions de l'arrêtè du Commissaire général du Gouvernement du 17 Fluviôse »dernier, voudront répéter les arrérages desdites rentes échus antérieurement à »l'an 9, ne pourront, en cas de contestation, être tenus à la production du titre »primitif ou constitutif desdites rentes, mais seulement à celle d'un titre récognitif »ou déclaratoire, tel que jugement, quittance, livre terrier, contrat de vente, »bail, contrat de mariage, testament, inventaire, ou partage de succession, compte »ou registre de collecte etc.; et sauf de la part du censitaire ou débiteur de la »rente réclamée, à faire la preuve par écrit du rachat légal de ladite rente depuis »les époques précitées, ou bien qu'elle est d'origine féodale. «

Art. VII. Les preneurs à rente d'anciens droits abolis ne pourront demander qu'une réduction proportionnelle des redevances dont ils sont chargés, lorsque les baux à rente contiendront, outre les droits abolis, des bâtimens ou autres immeubles.

Art. VIII. Ne pourront à l'avenir être exigés que les arrérages échus depuis le 1.er Vendémiaire an 6 (22 Septembre 1797) et ceux à écheoir.

Art. IX. Les débiteurs de rentes foncières envers la République, qui, sous le délai de six mois à compter de la publication du présent décret, feront, au bureau du receveur de l'enregistremeut de leur arrondissement, la déclaration des revenus par eux dus, jouiront, pour en acquitter les arrérages échus, d'un délai de 15 ans, pendant lequel ils paieront chaque année un quinzième du montant desdits arrérages, outre ceux de l'année courante.

Ceux qui n'auront point fait, dans le délai prescrit, cette déclaration, seront contraints à payer à la fois la totalité des arrérages échus.

Art. X. Les sommes provenant des arrérages de rentes foncières dues à la République et échues avant le 1.er Vendémiaire an 12 (24 Septembre 1803) seront appliquées au paiement des dettes des communes, dans lesquelles sont situés les biens-fonds grevés de ces rentes.

Art. XI. Il est dérogé par le présent décret à tous arrêtés ou réglemens antérieurs publiés dans les quatre Départemens de la rive gauche du Rhin, en ce qu'ils y seraient contraires.

Art. XII. Le ministre des finances est chargé de l'exécution du présent décret, qui sera imprimé pour les quatre Départemens de la rive gauche du Rhin seulement.

Signé: NAPOLÉON.

Par l'Empereur: Le Secrétaire d'état, signé: Hugues B. Maret.

Certifié conforme:

Le Grand-Juge, Ministre de la justice, Regnier.

MOTIFS

du décret impérial du 9 Vendémiaire an 13 sur les rentes foncières.

Extrait du Moniteur du 19 *Vendémiaire an* 13.

Rapport de M.r BIGOT-PRÉAMENEU, Conseiller d'état à Sa Majesté l'Empereur.

LA partie d'administration qui concerne les rentes et redevances sur les fonds ruraux, a jusqu'ici éprouvé dans les quatre Départemens près la rive gauche du Rhin les plus grandes difficultés. C'est en vain qu'on a cherché à établir la distinction entre les rentes qui comme simplement foncières ont dû être acquittées et celles, qui comme féodales, sont supprimées. C'est en vain que l'on a cherché les moyens de recouvrer les rentes exigibles. L'objet de ce rapport est de rendre compte à Votre Majesté, de ce qui s'est passé à ce sujet et de présenter les moyens de parvenir au double but, que l'on se propose, celui de distinguer les rentes foncières et celui d'assurer leur perception.

Le premier Arrêté pris dans ce pays, qui ait rapport aux rentes, fut celui du Général Hoche, qui le 16 Prairial V. leva une contribution de 12 millions et qui à ce moyen dispensa du payement de toutes impositions et redevances de quelque genre que ce fut.

En l'an 6 commença l'administration des commissaires généraux. On fit alors publier les lois concernant la suppression des droits féodaux et notamment celle du 25 Août 1792, [1] qui prononça l'abolition sans indemnité de tous les droits féodaux, dont la nomenclature s'y trouve énoncée, et généralement de tous droits seigneuriaux, tant féodaux que censuels conservés ou déclarés rachetables par les lois antérieures, quelle que soit leur nature et leur dénomination; — ainsi que tous abonnements ou prestations, qui les réprésentent, à moins qu'ils ne soient jugés avoir pour cause une concession primitive de fonds, laquelle cause ne pourrait être établie qu'autant qu'elle se trouvait être

1) Règlement du 6 germinal 6 (26 Mars 1798) obligatoire le 2 Juin 1798. Recueil des règlements Cah. 5. p. 8. p. 60. 64.

clairement énoncée dans l'acte primordial d'inféodation, d'accensement ou de bail à cens, qui devrait être rapporté.

Il est déclaré dans l'art. 17 de la même loi [2] qu'on n'y a point compris les rentes, champarts et autres redevances, qui ne tiennent point à la féodalité, et étaient dûs de particulier à particulier non seigneurs ou possesseurs de fiefs.

On publia encore la loi du 17 Juillet 1793 [3] qui supprima sans indemnité toutes redevances et droits féodaux, ceux même conservés par le décret du 25 Août précédent et qui n'excepta que les rentes et prestations purement foncières et non féodales.

Les redevables de rentes crurent pouvoir conclure de ces deux lois rapprochées, qu'aucune rente ne pouvait être demandée sans produire les titres primitifs lors même qu'elle avait la dénomination et tous les caractères d'une rente foncière.

Cependant la nation, qui se trouvait à la place des anciens propriétaires de rentes foncières, n'avait point de titres à produire, surtout dans les Départemens, qui avaient été le théâtre de la guerre et dont les titres avaient été tous enlevés et portés sur la rive droite du Rhin.

Le Commissaire général crut devoir dans ces circonstances, se prévaloir de la loi du 28 floréeal an 3, [4] suivant laquelle les registres sommiers ou carnets joints à la preuve testimoniale devaient suffire pour constater la légitimité des créances dues au domaine; il donna le 21 Messidor an 9 [5] pour instruction par une lettre circulaire, publiée ensuite en forme de règlement le 16 fructidor suivant, de contraindre à la continuation du payement des rentes assises sur des biens-fonds, tant qu'il ne serait pas prouvé par les débiteurs qu'elles sont de nature féodale.

Mais d'une autre part les débiteurs de rentes se plaignaient d'être également dans l'impossibilité de produire les titres nécessaires pour découvrir la nature des rentes. Le Commissaire général ne vit d'abord d'autre parti pour tenir la balance, entre le débiteur et le créancier, que de surséoir, comme il le fit par

2) Règlement précité p. 70.

3) ibid. p. 84.

4) Règlement du 26 Vent. VI. Recueil des règlements C. 3. p. 60.

5) Arrêté du 16 fructidor 9. Bulletin des règlements 61. p. 56.

Arrêté du 17 Pluviôse 10 [6] au payement de tous les arrérages de rentes assises sur des biens-fonds, échus antérieurement à l'an 9, jusqu'à l'époque de l'extradition complette des titres appartenans réciproquement au gouvernement et aux habitans des deux rives du Rhin.

Les censitaires de plusieurs communes demandèrent que ce sursis fut appliqué à tous cens, rente et redevance autre que le canon emphythéotique ou rente provenant d'une concession primitive de fonds, à moins que le titre primordial ne fut produit.

Ils demandèrent en outre, que conformément aux anciens usages, suivant lesquels on accordait, à la suite des guerres, de longs termes pour acquitter les arrérages des rentes, il leur fut accordé un délai de 15 ans, à compter du 1er Vendémiaire suivant, pour payer les arrérages exigibles.

Il leur fut répondu par un arrêté du Commissaire général du 18 Messidor an 10 [7] que les propriétaires des rentes purement foncières, c'est-à-dire assises sur des biens-fonds, et qui étaient en possession lors de l'entrée des troupes françaises, ne pourraient être tenus de produire le titre primitif de ces rentes, mais seulement un titre récognitif ou déclaratoire, tel que jugement, quittance, livre terrier, contrat de vente, bail, contrat de mariage, testament, inventaire ou partage de succession, compte ou registre de collecte etc. Sauf de la part du débiteur à faire preuve par écrit, du rachat légal de la rente ou qu'elle était d'origine féodale.

On accorda par le même arrêté, six années de terme à compter du 1er Vendémiaire an 10, à tous les débiteurs de rentes foncières échues depuis l'an 5 et avant l'an 9 et dues au domaine, ou autres établissemens publics, à la charge de souscrire volontairement et dans le mois de la publication de l'arrêtè, au receveur du domaine, des obligations en forme de lettres de change pour le payement de chacun de ces termes.

Par un arrêté du gouvernement du 15 germinal an 11 [8] inséré au bulletin des lois N.° 2572, celui du général Hoche portant compensation des prix des fournitures faites aux armées françaises avec le montant des arrérages alors exigibles des

6) Bulletin des règlements 77. p. 24.
7) Bulletin des règlements 92. p. 60.
8) Bulletin des loix, S. III. 264.

rentes foncières appartenant à la République, est confirmé. Il est expliqué dans cet arrêté que ces rentes et prestations sont celles dérivant de concessions de fonds et connues sous le nom de « *Gült*, *Zins*, *Grundzins* et *Bodenzins*. »

L'article 2 du même arrêté accorde aux débiteurs envers la République d'arrérages de ces rentes échus depuis le 24 Floréal V. jusque et compris le dernier jour complémentaire an X. un délai de quinze ans, à compter du 1 Vendémiaire an 12, pour se libérer de ces arrérages, à raison d'un quinzième par an, à la charge de souscrire le nombre correspondant d'obligations hypothécaires aux mains du receveur du domaine, avant le 1 Vendémiaire an 13 alors prochain, passé lequel délai, les débiteurs qui auroient négligés de remplir cette formalité, seraient poursuivis.

Par une dernière disposition de cet arrêté, les obligations ainsi souscrites doivent être appliquées au payement des dettes des communes qui seront réconnues avoir le moins de ressources, pour y satisfaire.

Telle est, Sire, dans les quatre Départemens près la rive gauche du Rhin, l'état de la législation relativement aux rentes féodales et foncières et relativement aux arrérages. V. M. réconnaitra que, sous tous les rapports, il est indispensable de prendre des mesures fixes et définitives.

Et d'abord sur la nature des rentes foncières ou féodales, les arrêtés que nous venons de mettre sous Vos yeux, ne présentent point aux juges des règles assez fixes pour les diriger. Dans plusieurs de ces arrêtés, on définit les rentes foncières : celles assises sur des biens-fonds, mais les redevances féodales sont aussi assises sur des biens-fonds.

Dans le dernier arrêté, on a cru faire une énumération suffisante des rentes, qui par leur dénomination doivent être présumées foncières et quatre espèces y sont rappellées; mais il était difficile d'avoir quelque certitude que, dans un pays soumis à un aussi grand nombre de Statuts et de princes différens, on pût avoir à cet égard des renseignemens, dans lesquels fussent compris tant de pays divers. C'est ce qui a déterminé V. M. à rassembler dans cette ville, les jurisconsultes les plus célèbres des quatre départemens et les Directeurs des domaines de ces mêmes Départemens, afin que ces derniers puissent avec leurs connaissances locales exposer les questions, auxquelles il est nécessaire d'appliquer les Statuts et les usages du pays et que les jurisconsultes décla-

rassent, ce qui est d'usage et de notoriété. Ces conférences ont eu lieu en notre présence et pour que leur résultat fut positif, les jurisconsultes se sont réunis séparément pour délibérer encore plus à fond sur les questions soumises à la discussion; et ils ont établi dans un acte souscrit par eux, les principes concernant la nature des rentes foncières ou féodales, principes qu'ils déclarent être notoirement conformes aux statuts et usages de leur pays.

S'il était un moyen de découvrir la vérité et de rendre justice aux créanciers des rentes foncières, en protégeant leurs-propriétés et aux débiteurs de rentes, en leur assurant l'avantage des loix sur l'abolition des droits féodaux, c'est celui que votre sagesse vous a suggéré et que nous croyons avoir eû un plein succès. Les jurisconsultes nous ont parû à la fois fort instruits et faisant avec une parfaite impartialité leurs déclarations.

L'acte de notoriété qu'ils ont délivré et dont la copie est à la suite de ce rapport, est devenu la base des dispositions, que nous Vous proposons dans un projet de décret.

Jl ne peut y avoir de doute sur ce que cette matière est susceptible d'être ainsi réglée. Déjà le conseil d'état a par un avis du 30 Pluviôse XI. 9) décidé, que toutes les prestations, de quelque nature qu'elles puissent être, établies par des titres constitutifs de redevances seigneuriales et droits féodaux supprimés par le décret du 7 Juillet 1793, ont été pareillement supprimés et que l'on ne pourrait admettre les demandes en payement de ces prestations, sans changer la législation.

Cette décision est repétée dans un des articles de l'acte de notoriété et du projet du décret. Ce projet de décret ne contient aucune mesure législative, il ne change rien au droit de propriété; il n'est autre chose qu'une déclaration solemnelle des statuts et des usages, afin que les parties intéressées ne soient point obligées de recourrir aux tribunaux et qu'il n'y ait point dans leurs décisions une variation qui multiplierait les procès à l'infini et serait une nouvelle cause de troubles dans le pays.

Si maintenant on considère les rentes purement foncières, rélativement à leur payement, il parait y avoir eû à cet égard dans la marche des administrations une incertitude qu'il convient de fixer.

9) Bulletin des loix, S. III. 251. N.° 2340.

Lorsque

Lorsque le 16 Prairial an V. le général Hoche porta à 12 millions une contribution, que le 24 Floréal précédent il avait fixé à 8 millions, il déclara que cette contribution était pour les six derniers mois de l'an VI et qu'elle était en compensation de toutes charges et impositions, puisqu'ensuite on a compris dans ces expressions générales les prestations de rentes foncières, la conséquence est qu'on ne serait pas fondé à exiger les rentes de l'an V.

Ces motifs déterminèrent le règlement du 18 Messidor an X., qui déclare n'être exigibles, que les arrérages postérieurs à l'an V.

Cependant l'arrêté du 15 germinal an 11 présente comme étant exigibles les arrérages échus depuis le 24 floréal an V. Il faut faire cesser cette contradiction et la justice demande qu'il soit nettement déclaré qu'il ne pourra être exigé que les arrérages non payés, qui ont eû cours depuis le 1 Vendémiaire an VI.

Quant aux arrérages postérieurs à cette époque, les débiteurs ne peuvent pas opposer le droit commun établi par le code civil, et qui prononce la préscription par cinq ans de toutes les prestations annuelles. Le motif qui écarte cette exception est, qu'il n'y a pas eu de négligence dans l'exercice de l'action. D'ailleurs il ne pourrait être question que d'une très petite partie d'arrérages puisqu'à compter du 1. Vendémiaire an VI. les cinq années non prescrites et l'année courante, s'étendraient jusqu'en l'an 11 et comme d'un autre côté on a fait, par l'arrêté du 15 germinal an 11 l'application de ces arrérages aux dettes des communes, il n'y a aucun motif pour accorder une remise sur les sept années d'arrérages, qui se trouvent maintenant exigibles.

Si par l'arrêté du 15 germinal 11 on n'avait accordé un délai de quinze années pour le payement de ces arrérages à ceux, qui se reconnaissant débiteurs, feraient leur soumission de les acquitter, on eût proposé de donner un délai plus court; mais cette facilité ayant été accordée, on n'a pas crû qu'il fût convenable de rétrograder à cet égard.

On a seulement fait un changement sur le mode de payement. L'Arrêté du 15 germinal 11 impose à ceux, auxquels on donne 15 ans pour payer, la charge de souscrire un nombre correspondant d'obligations et de les remettre au receveur de l'enregistrement de la situation des biens. Cette mésure n'a

* *

pas eû d'effet. Aucune obligation n'a été souscrite dans le délai prescrit. Le plus souvent les frais, qu'emportent de pareilles obligations excéderaient beaucoup la somme dûe pour arrérages. Il suffit que les redevables se fassent connaître au receveur de l'enregistrement par une déclaration, qui servira ensuite de titre pour exercer les poursuites s'ils ne payent pas.

Un autre changement à l'arrêté du 15 germinal an 11 est encore proposé. Il y est dit, que les obligations souscrites, seront appliquées au payement des dettes communales des communes, qui seront reconnues avoir le moins de ressources, pour y satisfaire.

La disposition est juste en soi, elle est conforme à l'ancien usage du pays, usage attesté par le Commissaire général dans son arrêté du 18 messidor X et suivant lequel les souverains faisaient après les guerres de pareilles remises; mais il convient de ne pas perdre de vue un autre but important, que l'on se propose : celui d'intéresser les maires et habitans de chaque commune à faire connaître les rentes dues. Si les arrérages sont appliqués à celles des communes, qui ont le moins de ressources, aucune d'elle ne verra l'assurance de profiter des arrérages qu'elle ferait récouvrer. Le Maire et les habitans ne verront qu'une promesse vague. Le seul moyen de les déterminer à faire des déclarations utiles est de régler que les sommes, qui proviendront des arrérages, seront appliquées au payement des dettes des communes, dans lesquelles ces récouvremens auront été faits.

Tels sont, Sire, les motifs du projet de décret, que nous soumettons à votre Majesté.

Intelligentia dictorum ex causis est adsumenda, quia non sermoni res, sed rei est sermo subjectus. — Praesumtio cedit veritati. — A primordio tituli omnis formatur eventus. —

ACTE DE NOTORIÉTÉ.

Nous jurisconsultes des quatre Départemens de la rive gauche du Rhin, soussignés, reconnaissons, d'après *l'usage du pays* et la *notoriété publique*, pour rentes foncières celles connues sous les noms de *Erbleihen*, *Erblehn*, *Erbverlegung*, *Erbbestand*, *Erbpfacht*, *Erbzins*, ainsi que les droits de Laudemium, *Handlohn*, *Ehrschatz* y relatifs, les *Medum* ou portions de récoltes de terres à complans; les *Theiltrauben*, *Theilwein*, ou part-raisins, ou part-fruits à complans; les *Grundzins* ou *Bodenzins*, c'est-à-dire les cens assis sur des biens-fonds, pourvû qu'ils ne le soient pas sur la généralité des biens-fonds dépendants dans une même commune du même seigneur; les *Grundpfacht*, *Grundzins* ou *Bodenzins* appartenans à des individus ou à des corporations non seigneurs dans la commune où la rente est due; il est de même des rentes connues sous le nom générique de *Zins* et *Gült* assisés sur des biens-fonds; les droits de cours d'eau » *Wasserlaufgebühren* « à raison d'établissemens formés sur une rivière flottable ou navigable sont aussi reconnus être fonciers. *

Toutes les anciennes redevances, prestations et droits autres que ceux énoncés ci-dessus, sont réputés provenir du système féodal et comme tels abolis, sauf la preuve du contraire.

Nous observons de plus qu'ordinairement les seigneurs en créant une rente pour concession de fonds, n'assujéttissaient pas par le même acte le fonds concédé aux droits féodaux, et conséquemment, que dans ce pays la qualité de celui à qui la rente a été due, n'entraîne nulle présomption ni pour ni contre;

Qu'il n'y a point d'usage du pays propre à pouvoir y baser une réponse positive à la question de savoir: quelle est, lorsque la qualification d'une rente est douteuse, la conséquence, qu'on doit en tirer pour la regarder comme féodale ou foncière; un pareil usage n'a pas pu s'établir dans l'ancien régime, puisqu'il a éte indifférent, si la rente a été féodale ou foncière, l'une ayant été aussi exigible que l'autre.

Et qu'enfin la qualité foncière ou féodale d'une rente ne peut être établie par sa dénomination, ainsi que par les circonstances développées ci-dessus, que

* Hornii jurispr. feudalis, Cap. 8. §. 24 sq. pagina 175.

sauf la preuve du contraire à fournir par celui, contre lequel militent les présomptions tirées des indications et de la nomenclature ci-devant détaillées.

Les preuves du contraire à établir contre les présomptions ci-dessus fixées pour constater, soit la nature foncière ou féodale, soit le mélange de féodalité devront pouvoir être fournies de part et d'autre, tant par des titres récognitifs, tels que *Schöffenweisthum*, *Weisthum*, actes de rénovation, pieds terriers, que par les titres primitifs, les droits des deux parties étant égaux à cet égard.

Ne pourra cependant pas être regardée comme preuve de mélange de féodalité, la seule circonstance, que le même titre récognitif contient outre les rentes qualifiées foncières aussi d'autres redevances, prestations ou droits réconnus féodaux, toutes les fois que les uns se trouvent énoncés distinctement et séparément des autres, et qu'ainsi elles n'ont point de liaison ensemble.

Il y a mélange de féodalité toutes les fois que le même immeuble se trouve grevé par le titre constitutif au profit du même seigneur, de rentes ou prestations reconnues foncières et redevances reconnues féodales.

Il y a également mélange de féodalité, lorsque dans un titre récognitif, des rentes foncières et des rentes féodales se trouvent être dues par une seule et même disposition, par le même individû au même seigneur, sauf cependant dans ce dernier cas la preuve à fournir qu'originairement le mélange n'a pas eu lieu.

Mayence, le 5 Vendémiaire an 13.

Signés: *Bonkirch*, juge spécial à Coblence.
Bodmann, juge de 1re instance à Mayence.
Hetzrodt, juge de 1re instance à Trêves.
Wittgenstein, Maire à Cologne.
Reichensperger, Conseiller de Préfecture du département de Rhin et Moselle.
Dahm, Membre du conseil général du département de Rhin et Moselle.
Maximilien de Kempis, de Cologne.

DÉCISION MINISTÉRIELLE

concernant les rentes emphytéotiques, de Paris le 7 Frimaire an 14. *)

Le Ministre des finances

à M.r Jeanbon-S.t-André, Prefet du Département du Mont-Tonnerre.

Je suis instruit, Monsieur, que par une fausse induction tirée du décret du 9 Vendémiaire an 13, qui imprime aux redevances connues dans votre département, sous le nom de rentes emphytéotiques le carractère d'exigibilité, qu'ont conservé les rentes purement foncières dans les autres parties de l'Empire, quelques debiteurs prétendent que cette assimilation réduit les rentes emphytéotiques aux conditions de simples rentes foncières, qu'en conséquence:

1.° Le droit d'expropriation pour cause de non payement du canon pendant trois ans ne peut avoir lieu.

2.° Qu'un tiers aliénataire ne peut pas se regarder comme subrogé au droit de rentrer, en cas de non payement, dans la propriété du bien, dont il a acquis l'emphytéose.

3.° Que le Gouvernement ni le tiers aliénataire d'une rente à générations ne peut entrer en jouissance de la propriété foncière d'une emphytéose à la mort du censite où finit la génération. J'ai crû devoir fixer les incertitudes sur ces questions par la décision suivante, dont je vous prie de maintenir l'exécution.

Le décret impérial du 9 Vendémiaire 13 n'a assimilé les rentes emphytéotiques aux rentes foncières que pour indiquer seulement qu'elles ne dérivent et ne sont mélangées d'aucun droit féodal; elles sont foncières, non comme dans les anciens départemens de la France, mais ainsi que s'exprime le décret:

---

*) La présente décision se trouve aussi relatée par M.r Rive, dans sa dissertation sur les rentes, Kölner Archiv, t. VIII. 2. p. 75. et il en résulte qu'elle a été addressée comme circulaire, à M. M. les Préfets des 4 nouveaux départements de la rive gauche du Rhin.

» conformément aux usages et statuts du pays composant les quatre » départemens de la rive gauche du Rhin. « — Il en résulte :

1.° Que le décret impérial du 9 Vendémiaire an 13 n'a apporté aucun changement aux obligations particulières des emphytéoses à l'égard des propriétaires des rentes et que les clauses de chaque bail emphytéotique demeurent en vigueur comme avant le décret.

2.° Que les tiers aliénataires d'une rente emphytéotique sont subrogés à tous les droits fixes et éventuels, tels qu'ils sont réservés au propriétaire direct par les clauses du titre primitif. Conf. loi du 30. Mai 1790. art. 3. (C. cir. intermed. T.e 1. p. 24)

J'ai l'honneur de vous saluer.

v. la loi du 20. Août 1790, tit. 1. art. 1. (C. cir. intermed. T.e 1. page 275.)

GAUDIN.

Amtsblatt
für die Großherzogl. Hessische Provinz Rheinhessen.

1819. N.° 92. Den 29ten Mai.

Bekanntmachung.

Da Zweifel entstanden sind, wie der §phus 12 der von der K. K. Oesterreichischen und der K. Bayerischen gemeinschaftlichen Landes-Administration am 6. April 1816 erlassenen Verordnung, die Renovation der Erbpächte und Grundzinsen betreffend, also lautend:

» Als Zinspflichtige werden diejenigen betrachtet, und in das Renovationsinstrument eingeschrieben, welche die Zinsgüter im Augenblick der Renovation eigenthümlich besitzen; sie allein haben die auf ihren Gütern haftenden, sowohl laufenden als rückständigen Erbpächte, Gülten und Zinsen, jedoch unter Vorbehalt ihres Regresses gegen die früheren Besitzer, zu entrichten.

» Uebrigens sind die Worte: Zinspflichtig, Zinsen, Zinsgüter, u. s. w. » in dem Sinne, wie solche in gegenwärtiger Verordnung gebraucht werden, auf

»alle diejenigen Gefälle, gleichviel unter welcher Benennung, anwendbar, die, »zufolge des Dekrets vom 9. Vendemiaire Jahr XIII (1. Oktober 1804) als »nicht feudal, und mithin als giebig betrachtet werden«

zu verstehen seye; keineswegs aber vermuthet werden darf, daß durch diesen Paragraph ein besonderes, von der allgemeinen Gesetzgebung abweichendes Recht für den Fiskus und diejenigen, welche von ihm acquirirt haben, eingeführt werden wollen; so wird erläuternd andurch festgesetzt, daß der Besitzer eines mit einem ewigen Erbpacht oder Grundrente behafteten Grundstücks, nur alsdann zur Leistung derselben verbunden seye, wenn

1) sein Besitz sich vor Publikation des Gesetzes vom 11. Brumaire 7ten Jahres, datirt;
2) der Berechtigte seit diesem Gesetz und bis zur Verkündigung der bürgerlichen Prozeßordnung vor der Transcription der Erwerbsurkunde, oder seit der bürgerlichen Prozeßordnung noch binnen vierzehn Tagen nach der Transcription der Erwerbsurkunde, die ihm wegen seiner Erbpächte und Grundrenten, zustehenden Hypothekarrechte auf der Hypothekenverwahrung hat einschreiben lassen;
3) wenn in der Erwerbsurkunde der auf dem Grundstück haftende Zins namentlich ausgedruckt ist.

Die über die Anwendung vorstehender Bestimmungen sich ergebenden Streitigkeiten sind von den gewöhnlichen Gerichten zu entscheiden.

Darmstadt den 14ten Mai 1819.

Großherzogl. Hessisches geheimes Staats-Ministerium.

Unterzeichnet. Frhr. v. Lichtenberg. Frhr. v. Gruben. Wernher. Hoppe.

Anmerkung.

Vorstehende Bekanntmachung ist durch Großherzogliche Verordnung vom 30ten Dezember 1822. Regierungsblatt 1823. Nro. 1. beibehalten worden. Die Verordnung der K. K. Oestr. und K. Bayer. Landes-Administration vom 12ten April 1816 ist dort neu publizirt und zwar wörtlich, mit Ausnahme des ersten Absatzes des angeführten §. 12.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

ff. 1–18 Nr

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Weiss, F.

Übersicht des Thatbestandes, der Proceßgeschichte, und der Rechtsmittel, welche in dem am Großherzoglich Hessischen provisorischen Cassations- und Revisions-Gerichtshofe für die Provinz Rheinhessen anhängigen Rechtsstreite, in Betreff mehrerer von der französischen Tilgungscasse transferirten Gülten, Zinsen, und Erbpächte zwischen Konrad Lawall ...

Mainz [1827]

4 J.pract. 250 s
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10511384-2